

Pazifik

INFORMATIONENSTELLE

Pazifik-Informationsstelle, Hauptstr. 2, 91564 Neuendettelsau.
Tel. +49 (0) 9874/91220, Info@Pazifik-Infostelle.org, www.pazifik-infostelle.org.

Dossier Nr. 125

Die Wahl 2022 in Fidschi



Kommt das Land auch in Zukunft ohne Putsche aus?

Autor: Dr. Eberhard Weber, Suva (Fidschi)

Erscheinungsdatum: März 2023

Dossier ISSN 2198-6967

Pazifik

INFORMATIONENSTELLE

Das **Urheberrecht** des Textes liegt beim Autor.

Zum Autor: Dr. Eberhard Weber ist Professor an der „School of Geography, Earth Science and Environment“ der University of the South Pacific (USP) in Suva (Fidschi).

Redaktion: Julia Ratzmann, Pazifik-Infostelle, Neuendettelsau, März 2023.

Die **Pazifik-Infostelle** ist eine nachgeordnete Einrichtung von Mission EineWelt mit dem Auftrag, die deutsche Öffentlichkeit über den Pazifik zu informieren. Dies geschieht mit regelmäßig und unregelmäßig erscheinenden Publikationen, einer großen Auswahl an verleihbaren Medien sowie analog käuflichen und digitalen Veröffentlichungen, Wanderausstellungen (z.B. zum Klimawandel oder Bergbau) und Vorträgen sowie Informationsständen bei Veranstaltungen.

Homepage: www.pazifik-infostelle.org

Instagram: [#pazifik_infostelle](https://www.instagram.com/pazifik_infostelle)

Facebook: Pazifik-Infostelle

Inhalt

Zusammenfassung	4
16 Jahre und kein bisschen weise	5
Wahlen in Fidschi	6
Die Wahl am 14. Dezember 2022	9
Regierungsbildung im Dezember 2022	12
Die Wahl von 2018	14
Die Wahl von 2014	18
Die politische Vorgeschichte der Wahl von 2022	20
Der Putsch von 2000	20
Der Putsch vom Dezember 2006	23
Fidschis internationale Beziehungen nach dem Putsch von 2006	25
Fidschi, COVID-19 und Politik	28
<i>FijiFirst</i> - Der „Bezwinger“ der Covid-Pandemie!?!?	31
Von der ersten Covid-19-Welle zur Katastrophe	34
Eine Impfkampagne in Fidschi kommt nur sehr langsam in Schwung	38
Der Traum von der Herdenimmunität	40
Wirtschaftliche Auswirkungen von Covid-19	44
Tourismus vs. Gesundheit	49
Politische Verflechtung und COVID-19	51
Der Regierungswechsel nimmt Formen an	54
Die ersten 70 Tage der neuen Regierung	57
Die <i>FijiFirst</i> zeigt erste Auflösungserscheinungen	58
Die Rolle des Militärs und die neue Regierung	62
Das politische Tagesgeschäft	63

Zusammenfassung

Zwischen 1987 und 2006 gab es in Fidschi vier Putsche, bei denen die Regierungen von ihren Streitkräften oder Teilen davon gestürzt wurden. Nach dem vierten Putsch im Dezember 2006 reagierten alte Freunde aus den Metropolen wie Australien, Neuseeland, den USA und der EU mit Reisesanktionen, der Einstellung der militärischen Zusammenarbeit und dem Einfrieren der Entwicklungshilfe. Als Fidschi politisch isoliert war, pflegte es die sekundären politischen Freundschaften aus alten Zeiten und baute neue auf.

Seit Fidschi 2014 zur parlamentarischen Demokratie zurückfand, haben drei Wahlen stattgefunden. Die erste, im September 2014, endete mit einem Erdrutschsieg der Kräfte, die 2006 am Putsch beteiligt waren, die zweite, im November 2018, kam einem Regierungswechsel sehr nahe. Die regierende *FijiFirst-Partei* konnte ganz knapp eine absolute Mehrheit behaupten. Bei der Wahl am 14. Dezember 2022 reichte es jedoch nicht mehr: Über die Jahre hatte die *FijiFirst* ihren Stimmenanteil beständig dahinschwinden sehen, bis sie nun am 24. Dezember 2022 das Regierungszeppter abgeben musste, an eine Koalitionsregierung von der *People's Alliance Party (PAP)*, der *National Federation Party (NFP)* und der *Social Democratic Liberal Party (SODELPA)*, dem Zünglein an der Waage.

Die nächsten Monate werden zeigen, ob Koalitionsregierungen in Fidschi Bestand haben können. Eine Gesellschaft, die in so viele Segmente unterteilt ist, wird sich auch in Zukunft schwertun, absolute Mehrheiten und Einparteienregierungen hervorzubringen. Es wäre sehr verwunderlich, wenn die politische Zukunft Fidschis nicht durch Koalitionsregierungen dominiert würde.

Im Verbund mit anderen Parteien zu regieren, bedarf Übung, Erfahrung – und politische Weisheit. Dies muss nun gewonnen werden. Ein Scheitern wäre verheerend, denn es würde jene Kräfte stärken, die nicht an Kompromiss, Ausgewogenheit und Verständigung glauben, sondern an Dominanz, Unterdrückung und Intoleranz.

Dieser Dossier-Beitrag sucht nach Belegen dafür, dass sich Fidschi nach den Staatsstreichen von 1987, 2000 und 2006 verändert hat. Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang, ob die neue politische Ausrichtung Fidschis Ende 2022 eine Zäsur der politischen Kultur des Landes darstellt, oder ob lediglich neue Machthaber ans Steuerruder gelangt sind, die auch undemokratische Mittel nicht scheuen, um sich diese Macht zu erhalten.

16 Jahre und kein bisschen weise

16 Jahre an der Regierung. Das hatten schon Angela Merkel und vor ihr Helmut Kohl fertiggebracht. In Fidschi machte sich Premierminister Bainimarama daran, seinen 16 Jahren an der Macht weitere vier Jahre hinzuzufügen. Allerdings war die Hälfte davon als Führer eines Militärputsches, den er im Dezember 2006 durchgeführt hatte, um dann zwischen 2007 und 2014 die politischen Geschicke des südpazifischen Inselstaates zu dominieren - ohne die demokratische Legitimation durch Wahlen.

Die Wahl von 2022, die dritte nach Fidschis Rückkehr zum demokratischen Parlamentarismus 2014, war eine Auseinandersetzung zwischen Premierminister Bainimarama und seiner *FijiFirst*-Partei und Sitiveni Rabuka. Rabuka hatte im Dezember 2020 der *Social Democratic Liberal Party (SODELPA)* den Rücken gekehrt und im September 2021 eine neue Partei gegründet, die *People's Alliance Party (PAP)*.

Um die Wahlen von Ende 2022 richtig einschätzen zu können, ist es notwendig, wichtige Eckpunkte der politischen Geschichte Fidschis zu kennen. Im Wahlkampf, und wichtiger noch in den Monaten nach dem Regierungswechsel, drang vieles davon wieder an die Oberfläche, wohl auch deshalb, weil viele Dinge nach dem Putsch von 2006 nicht, oder nur sehr einseitig, diskutiert werden konnten. Sich solche Geschehnisse nochmals in Bewusstsein zu rücken, ist auch deshalb notwendig, um einschätzen zu können, welche Bedingungen unabdingbar sind, um demokratische Persistenz zu festigen und die Entwicklung einer politischen Kultur voranzutreiben, bei der Wahlen, Verfassung und die Art und Weise, wie politische Veränderungen erreicht werden, Militärputsche ausschließen.

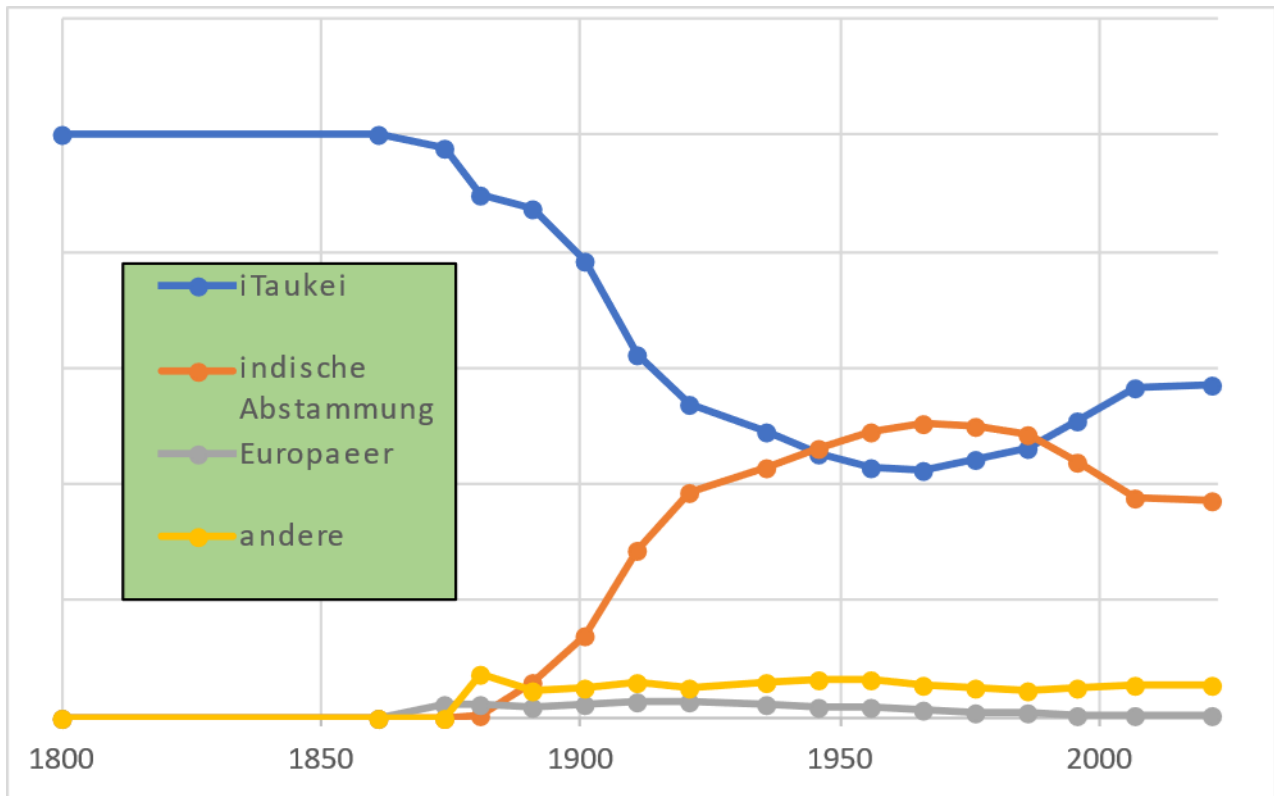


Abb. 1: Die Entwicklung ethnischer Gruppierungen in Fidschi

Grundlegend für die politische Struktur in Fidschi sind auch demographische Veränderungen, wie die Graphik der Bevölkerungsentwicklung in den vergangenen Jahrzehnten deutlich aufzeigt (Abb.1): Waren 1966 noch mehr als die Hälfte der Einwohner Fidschis indischer Abstammung, so ist dieser Anteil inzwischen auf deutlich unter 40 Prozent gesunken. Parteien und Politiken, die weitgehend eine indischstämmige Wählerschaft ansprechen, können schon aus demographischen Gründen keine Mehrheiten mehr erreichen. Was sich wohl immer mehr wird durchsetzen können, sind Parteien, die entweder sich voll und ganz auf indigene Fidschianer*innen konzentrieren, oder aber Parteien, die für unterschiedliche ethnischen Gruppen wählbar sind.

Wahlen in Fidschi

Was am Heiligabend 2022 begann, könnte der erste verfassungsmäßige Machtwechsel von der Regierung zur Opposition in Fidschi werden, der nicht durch einen Putsch jäh unterbrochen wird. In den ersten fünf Wahlen, die in Fidschi stattfanden (1968, 1972, 03/1977, 09/1977, and 1982), ging Ratu Sir Kamisese Mara jedes Mal als Führer einer Regierung in Fidschi hervor.

Im März 1977 war Ratu Maras *Alliance Party* zwar der *National Federation Party* nach Mandaten unterlegen, Generalgouverneur George Cakobau beauftragte dennoch Ratu Mara mit der Bildung einer Regierung. Diese Regierung blieb bis zur vorgezogenen Wahl im September desselben Jahres im Amt, die dann von Ratu Mara mit großem Vorsprung gewonnen wurde.

1987 wurde Ratu Mara klar abgewählt. Obwohl seine *Alliance Party* knapp 50 % der Stimmen erhielt, wurde sie von einer Koalition aus der *Fiji Labour Party (FLP)*, die zum ersten Mal an einer Parlamentswahl teilnahm, und der *National Federation Party (NFP)* besiegt. Die Koalition gewann 28, die *Alliance Party* aber nur 24 Parlamentssitze. Timoci Bavadra von der *FLP* wurde Premierminister. Nach weniger als einem Monat im Amt wurde die *FLP-NFP* Koalitionsregierung am 14. Mai durch einen Staatsstreich unter Führung von Oberstleutnant Sitiveni Rabuka abgesetzt. Ein weiterer Putsch von Rabuka im September desselben Jahres verhinderte eine schnelle Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen.

Fünf Jahre nach den Militärputschen von 1987 fanden im Mai 1992 Parlamentswahlen statt, und zwar unter einem neuen Wahlsystem, das durch die Verfassung von 1990 eingeführt worden war. Die Verfassung von 1990 brachte den ethnischen Fidschianer*innen vielerlei politische Vorteile:

Die nationalen Wahlkreise, in der Verfassung von 1970 noch fast die Hälfte des Repräsentantenhauses, wurden abgeschafft. Zum ersten Mal wurden alle Mitglieder des Repräsentantenhauses in kommunalen Wahlkreisen auf geschlossenen Wählerlisten für registrierte Mitglieder einer bestimmten ethnischen Gruppe gewählt. 37 Sitze wurden an ethnische Fidschianer und nur 27 an Indo-Fidschianer vergeben, obwohl ihr Anteil an der Bevölkerung fast gleich groß war. Ein Sitz war für einen Vertreter der Insel Rotuma im Nord-Westen des Staatsgebietes reserviert und fünf Wahlkreise für allgemeine Wähler, einer Sammelkategorie für verschiedene Minderheiten, darunter Europäer, Chinesen, Einwanderer von Banaba (Kiribati) und Vaitupu (Tuvalu).

Rabuka gewann die Wahl 1992. Zwei Jahre später verlor er die Mehrheit im Parlament und Neuwahlen fanden 1994 statt, die Rabuka als Premierminister bestätigten. Im Zuge seiner anschließenden Regierungszeit leitete Rabuka den Prozess für die Herausarbeitung einer neuen Verfassung in die Wege. Die Wahlen von 1999 wurden nach dieser Verfassung durchgeführt. Sie bescherten Rabuka eine Wahlnie-

derlage und führten zu einem Regierungswechsel: Neuer Premierminister wurde Mahendra Chaudhry von der *FLP*.

Wie schon 1987 war dieser Regierungswechsel nur von kurzer Dauer. Am 19. Mai 2000, auf den Tag genau ein Jahr, nachdem Chaudhry die Regierungsgewalt übernommen hatte, wurde seine Regierung von George Speight weggeputscht. Speight hatte die Unterstützung einer von Rabuka gegründeten Spezialeinheit des Militärs, der *Counter Revolutionary Warfare Unit (CRWU)*.

Noch bevor die Putschisten ihre Waffen niedergelegt und den Putsch beendet hatten, ernannte Bainimarama den Banker Laisenia Qarase zum Premierminister. Als George Speight davon erfuhr, kam es im Parlament zu einem Schusswechsel. Nun eskalierte das Chaos in ganz Fidschi: Soldaten in der Sukunaivalu-Kaserne in Labasa meuterten und erklärten ihre Unterstützung für Speight. Landbesitzer in Naitasiri übernahmen den Monasavu-Damm und das dazu gehörige Wasserkraftwerk. Sie unterbrachen damit die Stromversorgung von Suva. Am 8. Juli blockierten Rebellen die Straße zwischen Suva und Nadi und stürmten eine Polizeistation in Korovou, und nahmen 30 Geiseln. Im Naboro-Gefängnis randalierten 50 Insassen und nahmen Wärter als Geiseln. Am folgenden Tag unterzeichnete Speight das Muanikau-Abkommen mit den Militärs. Er stimmte der Freilassung der Geiseln im Gegenzug zu einer Amnestie für sich selbst zu. Neun Geiseln wurden am 12. Juli und die übrigen wurden am nächsten Tag freigelassen, nachdem Iloilo vom Großen Rat der Häuptlinge zum Präsidenten ernannt worden war.

Der Putsch von 2000 erscheint niedergeschlagen. Am Ende siegte die Demokratie könnte man glauben: Als unter den Putschisten Waffen gefunden wurden, werden die Anführer des Putsches gefangen genommen und nach Gerichtsverfahren zu langwierigen Gefängnisstrafen verurteilt. Einer, George Speight, sogar zum Tode, was aber noch am selben Tag von Präsident Ratu Josefa zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe umgewandelt wurde.

Ganz so klar war es aber nicht: Chaudhry und die gewählte *FLP* konnten nicht zurück in die Regierung. Laisenia Qarase wurde Premierminister, nicht durch Wahlen, sondern vom Militärkommandeur Bainimarama eingesetzt. Nach mehr als einem Jahr, im August und September 2001, kam es zu Wahlen, die von Qarase gewonnen wurden. Fünf Jahre später wurde Premierminister Qarase von Bainimarama in einem Militärputsch „entfernt“. Nach dem Putsch von Dezember 2006 sah sich Fid-

schis Militärregierung sehr von alten Freunden im Stich gelassen. Neue Freundschaften wurden geknüpft (siehe weiter unten). Es dauerte fast acht Jahre, bis es im September 2014 zu demokratischen Wahlen kam, die von Bainimarama gewonnen wurden.

Die Wahl am 14. Dezember 2022

Lange und mit sehr großer Spannung hatte Fidschis Öffentlichkeit auf die Verkündung des Wahltermines gewartet. Als dieser auf den 14. Dezember 2022 festgelegt worden war, begann ein sehr intensiv geführter Wahlkampf, der nicht nur von unterschiedlichen Politikthemen geprägt wurde, sondern von den beiden politischen Kontrahenten Bainimarama und Rabuka und deren politischer Vergangenheit.

Der Wahltag verlief ohne größere Ereignisse. Gegen 11 Uhr verkündete der Wahlleiter, dass bislang nur 27,24 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben hatten. Zwei Stunden vor der Schließung der Wahllokale betrug die Wahlbeteiligung laut Wahlleiter 51 Prozent. Am Ende hatten dann 68,3 Prozent der Wahlberechtigten gewählt, wobei aber überraschenderweise niemand in den letzten zwei Stunden der Wahl lange Schlangen vor den Wahllokalen gesehen hatte, die eigentlich zu erwarten wären, wenn knapp 17 Prozent der Wahlberechtigten ihren Gang zur Wahlurne in den beiden verbleibenden Stunden der Wahl antreten.

Undurchsichtig wurde es ein paar Stunden später, als mit der Auszählung der Stimmen begonnen worden war. Eine Handy-App, mit der die Wahlkommissionen Wahlergebnisse an Bürger übermittelte, schien nicht richtig zu funktionieren. Ein wenig bekannter PAP-Kandidat hatte laut der App 15.000 (!!!) Stimmen erhalten. Am nächsten Morgen hatte er gerade noch 281 Stimmen und im amtlichen Endergebnis konnte er gerade mal 468 Stimmen auf sich vereinen. Zum Zeitpunkt, als diese vorläufige Stimmenanzahl veröffentlicht wurde, hatte er deutlich mehr Stimmen als Premierminister Bainimarama oder dessen Herausforderer Rabuka. Aufgrund dieser „Panne“ („Glitch“) wurde die Veröffentlichung der vorläufigen Wahlergebnisse erst einmal ausgesetzt. Als wieder Wahlergebnisse veröffentlicht wurden, lag plötzlich die *FijiFirst* deutlich in Führung. Rabuka sagte auf einer Pressekonferenz er habe das Vertrauen in den Wahlprozess verloren: *„We actually were ahead ... but when the systems came back on, there was a big change, not in our favour.“*



Bevor das Missgeschick am Wahlabend geschah, schien es, als ob Rabuka und die *People's Alliance Party* deutlich führen würden. Nach Angabe von Reuters lag *FijiFirst* um 22:30 Uhr bei 24,19 %, deutlich hinter der *People's Alliance Party* mit 43,16 % der Stimmen. Etwa 500 von 2.071 Wahllokalen waren bereits ausgezählt. Dann wurde wie erwähnt die Veröffentlichung von Wahlergebnissen erst einmal ausgesetzt und als die App wieder online ging, lag plötzlich die *FijiFirst* mit Bainimarama deutlich in Führung. Viele witterten ‚foul play‘, verstanden sie nicht, dass die App nicht die Stimmen auszählte, sondern Ergebnisse der manuellen Auszählung lediglich an Handys übermittelte.

Die *FijiFirst*-Regierung weigerte sich zunächst, das amtliche Wahlergebnis anzuerkennen, das am 17. Dezember 2022 veröffentlicht wurde. Bis heute hat der frühere Premierminister Bainimarama seine Wahlniederlage noch nicht eingestanden. Nach Auszählung aller Stimmen hatten *FijiFirst* und die Koalition von *PAP* und *NFP* jeweils 26 Parlamentssitze errungen. *SODELPA* war die einzige weitere Partei, die es über die Fünf-Prozent Hürde geschafft hatte: Mit 5,14 Prozent der Stimmen fielen ihr drei Parlamentsmandate zu.

Auch nachdem die Koalition bekannt gegeben hatte, sie sei zahlenmäßig in der Lage, die Macht zu übernehmen, beharrte die *FijiFirst* darauf, dass es keinen Regierungswechsel geben würde. Der Parteivorsitzender der *FijiFirst*, Aiyaz Sayed-Khaiyum, erklärte, der Premierminister und alle Minister blieben im Amt, bis das Parlament offiziell über einen neuen Premierminister abgestimmt habe. In einer Erklärung auf Facebook heizte Bainimarama politische Spannungen an, indem er verlauten ließ, dass die Berichte über die Belästigung von Bürger*innen und die Gewalt gegen indische Häuser und Unternehmen im Anschluss an die Wahl zutiefst beunruhigend seien.

Schon bevor es tatsächlich klar war, wer denn eigentlich die Wahl gewonnen hatte und die nächste Regierung wird stellen können, gab es also große Probleme in Fidschi und dem Ruf nach dem Militär. Am 22.12.2022 berichtete Polizeichef Brigadegeneral Sitiveni Qiliho, dass in den vergangenen 24 Stunden Gebäude und Autos in der südlichen Division mit Steinen beworfen worden waren.

Abgesehen davon, dass es in Fidschi keine südliche Division gibt, wurden auch keine genauen Angaben der Vorkommnisse mitgeteilt. Einzelheiten waren und blieben spärlich. Qiliho sagte in einer Erklärung, dass nach einem Treffen von Polizei- und Militärführung mit dem noch existierenden Premierminister Bainimarama gemeinsam beschlossen wurde, Armee- und Marinepersonal zur Abwendung von Drohungen gegen Minderheiten einzusetzen.

In der Hauptstadt Suva war es zu diesem Zeitpunkt ruhig, wie von den meisten Medien berichtet wurde. Der *Sydney Morning Herald* berichtete allerdings am 22.12.2022, dass das fidschianische Militär zur Hilfe gerufen wurde, um die Polizei bei der Aufrechterhaltung der Ordnung zu unterstützen. Politische Unruhen (political turmoil) würden nach den Wahlen der vergangenen Woche anhalten. Zu lesen ist weiter, dass der sich noch im Amt befindliche Premierminister Bainimarama sich mit Polizeiminister Seruiratu, dem militärischen Befehlshaber Generalmajor Kalouniwei und Polizeichef Qiliho getroffen habe. Die verkündeten Maßnahmen seien einstimmig beschlossen worden.

„Die ständigen Angriffe auf Minderheitengruppen haben die derzeitige angespannte Situation verschärft“, sagte Qiliho in einer Erklärung.

Eine solche Konstruktion von Gewalt, innerer Unruhe und rassistischer Verfolgung kann formell die Bestimmungen von Paragraph 131 der fidschianischen Verfassung aktivieren, der dem Militär die Aufgabe gibt „to ensure at all times the security, defence and well-being of Fiji and all Fijians“. Die Konstruktion von Unruhen und Gewalt gegen Minderheiten ist also gleichzeitig der Ruf nach dem Militär einzuschreiten. Eine sehr gefährliche Konstellation.

Regierungsbildung im Dezember 2022

Manche sahen im überwältigenden Wahlsieg der *FijiFirst* von 2014 eine nachträgliche Zustimmung zum Coup von Ende 2006, auf jeden Fall aber eine große Zufriedenheit, die die *FijiFirst* in acht Jahren ohne Mandat durch Wahlen erreicht hatte. In den Wahlen von 2018, und dann vor allem 2022 erlitt die *FijiFirst*, genau genommen ihr Spitzenkandidat Bainimarama, einen starken Einbruch an Stimmen, die 2022 zur Wahlniederlage der *FijiFirst* führte. Eine extrem knappe Niederlage, aber sie reichte, um die *FijiFirst* auf die Oppositionsbank zu verweisen.

Zwar noch immer stärkste Partei und mit Bainimarama dem Kandidaten mit der höchsten Anzahl von Stimmen (136.829), reichte es für die *FijiFirst* diesmal nicht. Im Vergleich zu 2014 hatte Bainimarama mehr als 65.000 Stimmen weniger. Ein Verlust, den andere Spitzenpolitiker der *FijiFirst* nicht ausgleichen konnten, wie z.B. Aiyaz Sayed-Khaiyum, u.a. Parteisekretär und 2014 – 2022 „minister for everything“, z.B. Generalstaatsanwalt, Wirtschaftsminister, der seine Stimmenzahl im Vergleich zu 2014 deutlich vergrößern konnte.

Keiner Partei reichte es zur absoluten Mehrheit der Stimmen / Parlamentsmandate. *FijiFirst* kam auf 26 Mandate. Die *People's Alliance Party* und die *National Federation Party*, die schon vor den Wahlen ein Bündnis vereinbart hatten, kamen auf ebenfalls 26 Mandate. Außer den genannten Parteien hatte nur noch *SODELPA* drei Parlamentssitze errungen, wurde also zum Zünglein an der Waage.

Das Management Board der *SODELPA* hatte sich am 19. Dezember mit 16:14 Stimmen dafür ausgesprochen, die Koalition von PAP / NFP zu unterstützen und damit einen Regierungswechsel herbeizuführen. Die Wahl musste allerdings wiederholt werden, da nicht alle, die abgestimmt hatten, noch im Management Board waren. Wie *SODELPA* Generalsekretär Duru mitteilte, war bei manchen die Zugehörigkeit zum Board abgelaufen. Es sei vergessen worden, sie zu erneuern, was eigent-

lich Aufgabe des Generalsekretärs war, sich darum zu kümmern. Wie dem auch sein, die Abstimmung wurde am 23. Dezember 2022 wiederholt und endete erneut mit der Zustimmung für eine Koalition mit PAP und NFP. Das Ergebnis war dieses Mal 13:12. Knapper hätte es nicht sein können. Man kann deshalb kaum davon ausgehen, dass *SODELPA* geschlossen in die neue Regierung eintrat, zumal sie auch gute Bedingungen hätten aushandeln können, hätte sie sich für einen Schulterchluss mit *FijiFirst* ausgesprochen.

Manche haben Sorgen, dass Bainimarama eine Wahlniederlage nicht akzeptieren und durch einen neuerlichen Coup versuchen wird, sich an die Macht zu klammern. Ein sehr gefährliches Unterfangen, das zu einer Zersplitterung des Militärs und einem Bürgerkrieg führen könnte. Viele auf den unteren Militärrängen stellen sich wohl hinter Rabuka. Für sie wäre es aberwitzig, eine Regierung zu beseitigen, die eher die Interessen der iTaukei, der ‚Ureinwohner*innen‘ Fidschis zu verwirklichen sucht. Weshalb sollten sie der *FijiFirst* zurück zur Macht verhelfen, die von manchen sogar als „indische“ Partei wahrgenommen wird?

Wie es bei der Militärführung aussieht, ist eher ungewiss. Mehrere Säuberungsaktionen in der Vergangenheit sollten dafür sorgen, dass ausschließlich Offiziere in den Streitkräften verblieben, die sich bedingungslos hinter Bainimarama stellen. Ob dies im Ernstfall auch so sein würde, kann durchaus bezweifelt werden.

Während und unmittelbar nach den Wahlen gab es von unterschiedlichen Seiten Rufe nach dem Militär. Zunächst war es Rabuka, der nach dem Militär rief, um es bei der Auszählung der Stimmen einzusetzen. Später rief die *FijiFirst* nach dem Militär, um angebliche Unruhen und Attacken gegen Minderheiten zu unterbinden.

Das amtliche Endergebnis sah dann wie folgt aus: Stärkste Partei war die *FijiFirst* mit 200.246 Stimmen (42,55%, 26 Mandate), gefolgt von der *People's Alliance Party* mit 16.581 Stimmen (35,82%, 21 Mandate) und der *National Federation Party* mit 41.830 Stimmen (8,89%, 5 Mandate) und schließlich der *Social Democratic Liberal Party*, die auf 24.172 Stimmen kam (5,14%, 3 Mandate). Viel knapper hätte es wie gesagt nicht sein können.

Als das Parlament an Heiligabend 2022 zu seiner ersten Sitzung zusammenkam, herrschte große Ungewissheit über den Ausgang wichtiger Wahlen, die wichtigste davon die des zukünftigen Premierministers. Von den drei Abgeordneten der

SODELPA waren zwei dafür bekannt, dass sie eine Koalition mit der *FijiFirst* bevorzugten. Nach dem Parteiengesetz hätte ein Verstoß gegen die Entscheidung des Management Boards und des Vorstands den Ausschluss und den Verlust von Sitzen zur Folge gehabt. Dennoch stimmten nicht alle *SODELPA* Parlamentarier für die neue Regierung: Bei den Abstimmungen über den Parlamentspräsidenten, den stellvertretenden Parlamentspräsidenten und - ganz wichtig - den Premierminister muss einer der *SODELPA*-Abgeordneten zur *FijiFirst* übergelaufen sein. Dies reichte aber nicht aus, um die *FijiFirst* an der Macht zu halten. Rabuka wurde mit 28:27 Stimmen gewählt und als Premierminister vereidigt. Das neue Kabinett folgte unverzüglich und Fidschi hatte eine neue Regierung.

Die Wahl von 2018

Der Wahlsieg vom November 2018 war für die *FijiFirst* weitaus knapper als der von vier Jahren zuvor. Die Oppositionsparteien wollten die unangefochtene politische Führungsposition brechen, die *FijiFirst* 2014 erzielt hatte und einen Regierungswechsel herbeiführen. Es sollte nicht reichen. Bereits als die Stimmangabe gerade abgeschlossen war sprachen Oppositionsparteien davon, das Wahlergebnis anfechten zu wollen. Die Auszählung der Stimmen sei nicht transparent gewesen und Minister der Regierung hätten während des Wahlkampfes staatliche finanzierte Geschenke verteilt. Auch konnte die Wahl nicht überall bis zum Ende durchgeführt werden, da viele Wahllokale wegen Überschwemmungen vorzeitig geschlossen wurden. Bei einem extrem knappen Wahlausgang u.U. nicht ganz unerheblich.

Im Wahlkampf stellte Bainimarama seine Erfolge eines starken Wirtschaftswachstums, relativer politischer Stabilität und verbesserten Sozialleistungen heraus. Vielen war er aber zu grob und zu autoritär, besonders wenn Menschen ihn kritisierten. Bereits 2018 war sein wichtigster Kontrahent Rabuka. Dieser musste sich bis zu den Wahlen wiederholt polizeilichen Verhören unterziehen. Es schien, dass die *FijiFirst* bis zuallerletzt versuchte, Rabuka von der Kandidatur ausschließen zu lassen. Umso lauter Stimmen innerhalb der *FijiFirst* wurden, die besagten, dass Rabuka ein Niemand sei, den man schlichtweg nicht wahrnehmen sollte, umso klarer wurde, dass er der einzige war, vor dem die *FijiFirst* tatsächlich Angst hatte.

Wichtigste Themen der Opposition war die in Fidschi noch immer weit verbreitete Armut, die trotz beträchtlichen Wirtschaftswachstums nur wenig abgenommen hat-

te. Das Argument, dass Wirtschaftswachstum hauptsächlich denen zugeflossen sei, die eh schon genug haben, wurde sehr häufig angeführt. Um hier die Schere zwischen Arm und Reich wenigstens ein wenig zu reduzieren, versprachen die Oppositionsparteien, den Mindestlohn zu erhöhen.

In vielen Grundsatzfragen unterschieden sich die Oppositionsparteien deutlich von der *FijiFirst*. Auch 2018 war die Akzeptanz der Verfassung von 2013, vor allem die Art und Weise, wie sie zustande gekommen war, für die meisten außer der *FijiFirst* unakzeptabel. Die Verfassung war damals per Dekret eingeführt worden, ohne öffentliche Diskussionen, und ohne Referendum, diese Verfassung anzunehmen. Und doch kann sie nicht ohne Zustimmung von 75 Prozent der Parlamentarier und 75 Prozent der registrierten Wähler geändert werden.

Wie schon 2014 wurden auch 2018 Antikorruptionsverfahren eingesetzt, um ehemalige Premierminister und Oppositionsführer von der Wahl auszuschließen. 2014 waren es Qarase und Chaudhry, die sich nicht zur Wahl stellen durften. Nun wurde Rabuka vorgeworfen, eine falsche Vermögenserklärung abgegeben zu haben. Der Fall der 2007 von der *FijiFirst* gegründeten ‚unabhängigen‘ Antikorruptionsbehörde (Fiji Independent Commission Against Corruption, FICAC) wurde vom Obersten Gerichtshof zunächst abgewiesen. Die Berufung der FICAC wurde nur zwei Tage vor den Wahlen vom Obersten Richter Anthony Gates verhandelt. Die 48-stündige Mediensperre vor den Wahlen war bereits in Kraft. Nach dieser Bestimmung des Wahlgesetzes dürfen in den letzten 48 Stunden vor einer Wahl keine politische Werbung oder Stellungnahmen mehr vorgenommen werden. Selbst alle Wahlplakate müssen entfernt werden. Für Nichtbefolgung können Parteien empfindlich bestraft werden. Wäre der Berufung stattgegeben worden, wäre die Wahl 2018 zur Farce verkommen: Der *SODELPA*-Vorsitzende wäre von der Teilnahme an der Wahl ausgeschlossen und die Stimmen, die auf seine Person entfallen wären, für ungültig erklärt worden, und das zu einem Zeitpunkt, an dem seine Partei weder Zeit hatte, einen alternativen Vorsitzenden auszuwählen, noch – angesichts der Mediensperre – die Möglichkeit, für ihn zu werben, oder die Öffentlichkeit von der Veränderung zu informieren.

In Sachfragen waren sich die einzelnen Parteien aber sehr ähnlich. Die Opposition versuchte in die Fußstapfen der *FijiFirst* zu treten: sie versprach die Durchführung von landesweiten Sozialhilfe-, Infrastruktur- und Staatsaufbauprogramme, aber

umfassender, gerechter und besser umgesetzt als es die *FijiFirst* gemacht hatte.

In stärkerem Maße als noch 2014 wurden zur Wahl 2018 staatliche Förderung zur Wählerrekrutierung angewandt. Nach den Wirbelstürmen Josie und Keni im April 2018 wurden FJD 123 Millionen an Opfer der Überschwemmungen ausgezahlt. Die Wirtschaft wurde mit Geld überschwemmt. Manche in der Opposition versprachen nicht selten, die Zuwendungen der Regierung sogar übertreffen zu wollen. Andere Oppositionspolitiker, wie z.B. Professor Biman Prasad, Vorsitzender der *NFP*, kritisierte solch populistische Gesten, da sie Fidschi immer tiefer in die Verschuldung treiben würden.

Alle Oppositionsparteien versprachen die Erhöhung des Mindestlohns von 2,68 F\$ pro Stunde: die *NFP* wollte den neuen Mindestlohn auf FJD 5 und die *SODELPA* auf FJD 4 erhöhen. Der Handels- und Arbeitgeberverband befürchtete einen Verlust von mehr als 7.000 Arbeitsplätzen alleine im Textilgewerbe, wenn die Mindestlöhne angehoben würden. Es dauerte bis zum April 2022, bis der Mindestlohn von FJD 2,68 auf FJD 3,01 anstieg. Ab Juli 2022 betrug er dann FJD 3,34 und ab 1. Januar 2023 waren schließlich FJD 4,00 erreicht.

Als Führer von *SODELPA* versprach Rabuka, die indigenen Fidschianer (iTaukei) zu vereinen, den Großen Rat der Häuptlinge (Great Council of Chiefs, GCC) wieder einzusetzen und Fidschi nach Jahren der Unterdrückung die Freiheit zu bringen. Viele der indigenen Fidschianer*innen nahmen dies mit großer Zustimmung wahr und verunsicherten Bainimarama, der sich zu Beleidigungen Rabukas hinreißen ließ. Auf die angebliche Bedeutungslosigkeit von Rabuka anspielend sagte Bainimarama: „*Eine Schlange wird immer eine Schlange bleiben, egal wie oft sie sich häutet*“.

Für viele iTaukei sind die umstrittenen politischen Änderungen der *FijiFirst*-Regierung jene Maßnahmen, die sie als Angriff auf die Identität der iTaukei werteten. Rabuka warf Bainimarama vor „*anti iTaukei*“ zu sein. Durch Bainimarama und seine Politik seien den iTaukei ihre Institutionen weggenommen worden, die Provinzräte, der Great Council of Chiefs (GCC), die Tikina-Räte. Selbst die Änderung des Namens "Fidschianisch", und seine Anwendung für nicht-iTaukei sei ein Angriff auf die Kultur der Einheimischen.

Die Wahl 2018 war auch deutlich von Versuchen geprägt, die methodistische Kirche hinter die *SODELPA* zu bringen und gegen *FijiFirst* zu instrumentalisieren. Die me-

thodistische Kirchenleitung hatte sich bereits deutlich gegen den Putsch von 2006 ausgesprochen. Auch 2008-2009, als die Militärregierung unter weiteren Druck geriet, führten methodistische Geistliche den Widerstand gegen Bainimaramas Regierung an. Das Verbot der jährlichen methodistischen Kirchenkonferenzen war dann die Folge davon. Auch nach der Wahl 2014 war Bainimarama nicht gut auf die methodistische Kirchenführung, weil sie während des Wahlkampfs indigenen Fidschianer davor gewarnt hatten, sich zu sehr von der *FijiFirst* „beeinflussen“ zu lassen.

2018 erreichte die *FijiFirst* mit 50,02 % der Stimmen (227.241 Stimmen) eine hauchdünne absolute Mehrheit. 27 Sitze im Parlament standen 24 Sitze der Opposition gegenüber, die von *SODELPA* (181.072 Stimmen, 39,85%, 21 Sitze) und der *NFP* (33.515 Stimmen, 7,38%, 3 Sitze) eingenommen wurden.

Ein Vergleich der Wahlergebnisse von 2014 und 2018 zeigt ein komplexes Bild der Verluste und Gewinne der drei wichtigsten Parteien. Der Parteivorsitzende von *FijiFirst*, Bainimarama, wurde erneut als „starker Mann“ der Partei gefeiert, da er 167.732 der insgesamt 227.241 Stimmen für die *FijiFirst* erhielt (74 % der Gesamtstimmen seiner Partei). Im Jahr 2014 hatte Bainimarama noch 202.459 Stimmen und seine Partei 293.714 Stimmen (damals erhielt er 69 % der Stimmen seiner Partei). Insgesamt konnte Bainimarama 2018 seine Position als „starker Mann“ der Partei festigen. Allerdings haben sowohl er als auch *FijiFirst* Stimmen verloren: 34.727 Stimmen in seinem Fall und 66.473 Stimmen im Fall der Partei. *FijiFirst* erhielt 2014 immerhin 59,2% aller abgegebenen Stimmen, 2018 waren es nur noch hauchdünn über 50% der abgegebenen Stimmen.

Die größten Zugewinne verzeichnete *SODELPA*. 2018 erhielt die Partei 181.072 Stimmen, ein Plus von 41.215 Stimmen im Vergleich zu 2014. *SODELPA* konnte die Zahl ihrer Sitze von 15 im Jahr 2014 auf 21 erhöhen. Die *NFP* hat ihre Gesamtstimmenzahl um 6.449 erhöht und 33.515 Stimmen erhalten. Mit diesem Ergebnis behielt die *NFP* ihre Position von drei Sitzen in der Opposition.

Wie bereits oben angesprochen, setzte sich die *NFP* 2018 für einen Mindestlohn von FJD 5 pro Stunde, Zahlungen von FJD 100 pro Tonne Zuckerrohr und eine Befreiung von der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel wie Brot, Reis, Mehl, Butter, Milch und Kartoffeln ein. Die *NFP* stellte sich sehr bewusst multi-ethnisch auf und legte ihren politischen Schwerpunkt auf die Wirtschaft. Parteiführer Professor Biman Prasad machte die Regierung für den dramatischen Zusammenbruch der Zuckerindustrie,

die Einführung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel und die untragbar hohe Staatsverschuldung Fidschis verantwortlich.

Die Wahl von 2014

Fidschi war fast acht Jahre lang ohne gewählte Regierung. Im September 2014 kehrte das Land zu einer demokratischen Regierungsform zurück. Wichtige Akteure, die fast acht Jahre zuvor einen Staatsstreich inszeniert hatten, wurden durch einen Erdrutschsieg an der Macht bestätigt.

Bereits vor den Wahlen 2014 kam es zu einer Wiederannäherung mit alten Freunden. Im Februar 2014 besuchte die australische Außenministerin Bishop Fidschi im Rahmen der ministeriellen Kontaktgruppe des Pazifischen Inselforums. Während ihres Besuchs hatte sie ein separates Treffen mit Bainimarama. Innerhalb von 6 Wochen nach dem Amtsantritt der neuen alten Regierung kehrte Außenministerin Bishop zu einem Staatsbesuch nach Fidschi zurück. Australien wollte keine Zeit verlieren, um die politische Ordnung, die vor 2007 bestand, wiederherzustellen. Politiker aus Neuseeland, Europa und dem Nahen Osten folgten nicht viel später.

Die neuen Freunde aus dem globalen Süden ließen auch nicht lange auf sich warten: Indiens Premierminister machte den Anfang. Am 19. November trat er einen zweitägigen Staatsbesuch an und wurde von der indischen Diaspora in Fidschi mit einem fantastischen Empfang empfangen: Tausende Fidschianer indischer Abstammung trafen Premierminister Modi bei einem öffentlichen Empfang im Albert Park in Suva; ein Premierminister zum Anfassen, ein Premierminister für „*Selfie-sessions*“. Premierminister Modi traf viele Vertreter der *FijiFirst* Regierung, wichtige Geschäftsleute und Regierungschefs anderer Pazifikstaaten.



Modi hatte das Land noch nicht verlassen, als der chinesische Präsident Xi Jinping zu einem dreitägigen Staatsbesuch eintraf. Zum ersten Mal besuchte ein chinesischer Präsident einen pazifischen Inselstaat und wieder nutzten Regierungen aus vielen anderen Pazifikstaaten die Gelegenheit, den wichtigen Weltpolitiker zu treffen.



In beiden Fällen wurden die International Relations zu Public-Relations-Veranstaltungen, die den fidschianischen Bürgern, insbesondere denjenigen mit indischem und chinesischem Hintergrund, internationale Erfolgsgeschichten vor Augen führen sollten.

Die Wahlen wurden wie oben erwähnt von der *FijiFirst* Partei in einem Erdrutschsieg gewonnen. Bainimarama hatte die Partei in März 2014 gegründet, um unter ihrem Banner für die Wahlen im September antreten zu können. Die Partei erhielt 293.714 Stimmen, was 59,2% aller Wähler (495.105 Wähler) entsprach. Allein auf Bainimarama entfielen davon 202.459 Stimmen, mehr als 40 Prozent der abgegebenen Stimmen. Mit 32 der 50 Parlamentssitze erlangte *FijiFirst* eine komfortable absolute Mehrheit. Auch ins Parlament einziehen konnte *SODELPA* (139.857 Stimmen, 28,2%, 15 Sitze) und die *National Federation Party* (27.066 Stimmen, 5,45%, 3 Sitze). Die übrigen Parteien und unabhängigen Kandidaten scheiterten alle an der 5% Hürde, unter ihnen auch die *Fiji Labour Party (FLP)*, die bei den Wahlen 2006 noch 39% der Stimmen und 31 Sitze (von 71) erhalten hatte. Damals hatten 300.797 Wähler der *FLP* ihre Stimme gegeben, 2014 waren es gerade noch 11.670 (2,3%).

Die politische Vorgeschichte der Wahl von 2022

Mit Bainimarama und Rabuka standen sich 2022 zwei Politiker bei der Wahl gegenüber, die die politische Geschichte Fidschis der vergangenen 30 Jahre stark mitgeprägt hatten, nicht zuletzt durch Militärputsche, die Rabuka (zwei Putsch 1987) und Bainimarama (2006) durchgeführt hatten. Im Putsch von 2000 spielten beide eine gewichtige Rolle, wobei sich Bainimarama dieses Mal auf Seite derer sieht, die den Putsch beendeten. So ist jedenfalls die allgemeine Wahrnehmung seiner Rolle im Putsch von 2000. Doch seine wie auch Rabukas Rolle bei diesem Putsch und einer Meuterei in der Militärkaserne im November desselben Jahres (s.u.) bereitet bis heute Nahrung für vielerlei Spekulationen.

Der Putsch von 2000

Als Kommandeur des Militärs war Bainimarama 2000 maßgeblich daran beteiligt, den Putsch von George Speight niederzuschlagen. Unter seiner Führung wurden die Bedingungen ausgehandelt, unter denen sich die Putschisten bereit erklärten, die Waffen abzugeben, um Straffreiheit zu erlangen. Wie bereits ausgeführt, wurden viele Putschisten dennoch inhaftiert und Speight zum Tode verurteilt.

Der Coup von 2000 wird im Allgemeinen als gescheitert angesehen. Allerdings führte er zu weitreichenden Veränderungen in der politischen Landschaft Fidschis, die auch nicht zurückgenommen wurden, als die Putschisten entwaffnet und viele von ihnen inhaftiert waren. Noch während Premierminister Chaudhry und sein Kabinett im Parlament als Geiseln gehalten wurden, bewegte eine Gruppe um Bainimarama Ende Mai 2000 Präsident Ratu Sir Kamisese Mara dazu, die Regierung Chaudhry zu entlassen, die Verfassung von 1997 auszusetzen, Kriegsrecht zu verhängen und schließlich selbst ‚zurückzutreten‘, ein Vorgehen, das Beobachter als „*a coup within a coup*“ bezeichnen.



Bis heute ist Bainimaramas Rolle in den Umständen ungeklärt, die am 29. Mai 2000 zum Rücktritt / zur Absetzung des fidschianischen Präsidenten führten. Nach dem Putsch vom 19. Mai hatte Ratu Mara sich geweigert, als Präsident zurückzutreten.

Er löste das von den Putschisten gefangen gehaltene Parlament auf und übernahm selbst Notstandsbefugnisse. Ende Mai wurde Ratu Mara auf ein Marineschiff „in Sicherheit gebracht“, das in fidschianischen Gewässern kreuzte. Am folgenden Tag wurde er von einer Delegation besucht, bestehend aus dem Kommandanten der Streitkräfte, Frank Bainimarama, dem Putschistenführer von 1987, Sitiveni Rabuka, seinem eigenen Schwiegersohn, dem früheren Militärkommandanten Ratu Epele Ganilau und dem Polizeichef Isikia Savua. Wie bereits erwähnt, wurde Ratu Mara aufgefordert, die Verfassung von 1997 außer Kraft zu setzen. Als er sich weigerte, wird er als Präsident abgesetzt („*If the Constitution goes, I go*“). Weshalb Präsident Ratu Mara gehen musste, ist wie gesagt bis heute ein wohlgehütetes Geheimnis. Am 15. Oktober 2000 entschied der Oberste Gerichtshof, dass seine Absetzung die Verfassung des Landes verletzte und er wieder als Präsident eingesetzt werden müsse. Ratu Mara verzichtete darauf, und blieb verbittert auf seiner Heimatinsel Lakeba. Im Juli 2001 erlitt er einen Schlaganfall bei einem Besuch in Vanuatu, von dem er sich nicht wieder erholte. Er starb am 18 April 2004 in Suva.

Bilder 1 und 2: Ratu Maras Staatsbegräbnis am 30. April 2004 in Suva

Später im Jahr des Speight-Putsches, im November 2000, kam Bainimarama selbst in Bedrängnis. Als das Militär in der Queen Elizabeth Kaserne meuterte, konnte sich Kommandeur Bainimarama nur mit einer Flucht durch die Büsche in Sicherheit brin-

gen. Grund der Meuterei der Streitkräfte war vordergründig, dass Bainimarama kurz



zuvor eine militärische Spezialeinheit zur Terrorismusbekämpfung (Counter Revolutionary Warfare Unit, CRWU) aufgelöst hatte, die maßgeblich an der Durchführung des Putsches vom Mai 2000 beteiligt gewesen war. Die Einheit war im Zusammenhang zweier Staats-

streiche im Jahr 1987 vom damaligen Putschistenführer Rabuka eingerichtet worden. Viele sehen die Meuterei vom November 2000 als Rabukas Versuch an die Macht zurückzukehren.

Ob Rabuka selbst zur Meuterei beigetragen hatte, ist unklar. Er selbst hat Vorwürfe stets zurückgewiesen und wurde diesbezüglich auch vor Gericht freigesprochen. Auffallend ist aber, dass er schon bald nach Beginn der Meuterei am 2. November 2000 am Tor zur Kaserne den Medien Rede und Antwort stand. Viele gehen davon aus, dass jemand nur so schnell am Ort des Geschehens sein konnte, der von den Plänen zur Meuterei wusste. Andere gehen sogar weiter und spekulieren, ob Rabuka an diesem 2. November ein weiteres Mal die Macht übernehmen wollte, sobald der Militärkommandeur ausgeschaltet war. Manche behaupten sogar, dass er sich zum Zeitpunkt der Meuterei in der Kaserne unter einem Tisch versteckt hatte und seine Militäruniform griffbereit mit dabei hatte. Was davon zu halten ist, ist unklar: die Schilderungen von Augenzeugen klingen fantastisch. So fantastisch, dass man zögert, sie als frei erfunden entlarven zu wollen. Allerdings klingen auch andere Aussagen so wenig glaubhaft, dass -sollten sie wahr sein – die gesamte politische Geschichte des jüngeren Fidschis umgeschrieben werden müsste. So etwa der Vorwurf, Bainimarama wäre Drahtzieher des Putsches von 2000 gewesen, oder dass er 2004 und 2005 bereits Putsche durchführen wollte, vom Militär aber keine Unter-

stützung erhielt oder dass der damalige fidschianische Polizeichef Andrew Hughes, ein Bürger Australiens, Bainimarama während eines Besuches in Neuseeland verhaften lassen wollte, die neuseeländische Regierung dies aber ablehnte (<https://fijitoday.wordpress.com/2012/02/18/in-2000-frank-suggested-that-the-military-should-run-the-country-for-up-to-50-years/>).

Der Putsch vom Dezember 2006

Noch während des Putsches, im Juli 2000, setzte Bainimarama den Banker Laisenia Qarase als Führer einer zivilen Übergangsregierung ein, der dann im August 2001 mit der von Qarase gegründeten *Soqosoqo Duvata ni Lewenivanua* (SDL, United Fiji Party) die Wahlen gewann.

Bainimarama hatte Qarase zwar zur Macht verholfen, doch schon bald zeichneten sich unüberwindbar erscheinende Differenzen zwischen beiden ab, die sich am deutlichsten am Reconciliation, Tolerance and Unity Bill ausdrücken, das die *SDL*-Regierung Anfang 2005 im Parlament einbrachte. Das Gesetz sah u. a. eine Amnestie der Verantwortlichen des Coups von 2000 vor. Bainimarama machte nie einen Hehl daraus, dass das Militär dem Amnestiegesetz würde niemals zustimmen können.

Am 16. Oktober 2006 forderte Bainimarama die *SDL*-Regierung ultimativ auf, die Gesetzesvorlage zurückzunehmen. Daraufhin versuchten Qarase und Präsident Iloilo, Bainimarama zu entlassen, als dieser sich zur Inspektion fidschianischer Friedenstruppen im Irak aufhielt. Qarase erklärte gegenüber Iloilo, dass seine Regierung zurücktreten würde, wenn Bainimarama nicht abgesetzt würde. Major Leweni erklärte daraufhin, dass die Armee Bainimarama gegenüber loyal blieb. Bainimarama wiederholte die Erwartung an die Regierung, seine Forderungen zu erfüllen oder zurückzutreten.

Obwohl Premierminister Qarase in den folgenden Wochen ein Zugeständnis nach dem anderen an Bainimarama machte, setzte dieser am 5. Dezember 2006 Präsident Ratu Josefa Iloilo ab, ernannte sich selbst zum Präsidenten und entließ Qarase und seine Regierung. Als neuer Premierminister wurde ein pensionierter Militärarzt eingesetzt. Am 5. Januar 2007 trat Bainimarama überraschend als Präsident zurück und erlaubte Ratu Josefa Iloilo die Rückkehr in sein Amt. Dieser ernannte Bainimarama dann zum Premierminister und Führer einer Übergangsregierung.

Ende 2006 wurde Bainimarama also selbst zum Putschistenführer. Acht Jahre lang (2007 - 2014) regierte er ohne demokratischen Segen. Fidschis 'alte' Freunde Australien und Neuseeland, die USA und die EU zeigten sich enttäuscht, denn schließlich wollte und konnte niemand Bainimaramas Vorgehen billigen.

Am 10. April 2009 spitzte sich die politische Krise in Fidschi zu. Ein Berufungsgericht hatte die Regierung von Premierminister Bainimarama für illegal, als Bruch der Verfassung, erklärt. Präsident Ratu Josefa Iloilo setzte daraufhin die Verfassung außer Kraft. Er entließ alle Richter und Verfassungsbeamten und übernahm die Regierungsgewalt im Land. Dann setzte der Präsident Bainimarama und seine Kabinettsmitglieder wieder in ihre Ämter ein. Außerdem führte er eine Notstandsregelung ein, die die polizeilichen Befugnisse ausweitete und die Zensur der Medien erlaubte.

Mit dem Coup-ähnlichen Vorgehen vom April 2009 wurde vielen bewusst, dass eine Rückkehr Fidschis zur Demokratie in weiter Ferne gerückt war. Die Sprache war vom September 2014, also mehr als fünf Jahre in der Zukunft, länger als eine volle Legislaturperiode des Parlaments.

UN-Generalsekretär Ban Ki-moon appellierte an die Machthaber in Fidschi und forderte die Wiedereinsetzung einer rechtmäßigen Regierung. Die USA zeigten sich tief enttäuscht. Der australische Premierminister schloss sich der Enttäuschung seiner Kollegen an. Der neuseeländische Außenminister sprach von *„einem traurigen Rezept, das von Diktatoren in einer Reihe anderer Länder ausprobiert worden ist, immer mit tragischen Folgen“*. Der neuseeländische Premierminister John Key sah voraus, dass *„die Realität ist, dass Fidschi in etwa zwei Wochen vom Forum suspendiert wird, wenn es nicht zu einer wunderbaren Wende der Ereignisse kommt“*. Australien und Neuseeland setzten 2009 die diplomatischen Beziehungen aus.

Der Vorsitzende des Pazifischen Inselforums (*Pacific Islands Forum*, PIF), der Premierminister von Niue, Toke Talagi, sprach sich ebenfalls für eine sofortige Suspendierung aus. Der samoanische Premierminister Tuilaepa Sailele zeigte sich besonders enttäuscht und sprach von einer politischen Scharade, bei der die gesamte Welt zuschaut. *„Niemand wird getäuscht und niemand lacht. Frank [Bainimarama] hält nur sich selbst zum Narren...Ziehen Sie wieder Ihre Militäruniform an, oder...vielleicht würde er in einer Gefängnisuniform besser aussehen.“*

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gab eine Erklärung ab, die die Sorge seiner Mitglieder über die Situation in Fidschi zum Ausdruck bringt. Angeprangert werden undemokratische Entscheidungen, einschließlich der Außerkraftsetzung der Verfassung. Die Mitglieder des Sicherheitsrats brachten die Hoffnung zum Ausdruck, dass Fidschi entschlossen auf dem Weg zur Demokratie voranschreitet und dass so bald wie möglich faire Wahlen abgehalten werden. Die Vereinten Nationen erklärten außerdem, dass sie die Zahl der fidschianischen Polizisten und Soldaten an ihren friedenserhaltenden Operationen nicht erhöhen und auch bei künftigen, neuen Missionen nicht einsetzen werden. Bei bestehenden Operationen sollen sie aber weiterhin berücksichtigt werden.

Am 1. Mai 2009 setzte das Pazifik-Insel-Forum die Mitgliedschaft Fidschis aus, wie es bereits Monate zuvor für den Fall angedroht hatte, dass Fidschis Machthaber bis zu diesem Zeitpunkt keinen Wahltermin verkündet hätten. Dies war das erste Mal in der Geschichte der damals 38 Jahre alten Organisation, dass ein Land vom Pazifik-Insel-Forum suspendiert wurde. Im Rahmen der Suspendierung wurde Fidschi auch von den Diskussionen über das Pazifik-Abkommen über engere Wirtschaftsbeziehungen (PACER) und das Pazifische Freihandelsabkommen (PICTA) ausgeschlossen.

Das Commonwealth suspendierte Fidschi von seinen Räten und setzte im August 2009 eine Frist, bis zum 1. September einen Wahltermin für nicht später als Oktober 2010 anzukündigen. Als eine solche Ankündigung ausblieb, wurde Fidschi vollständig vom Commonwealth suspendiert.

Fidschis internationale Beziehungen nach dem Putsch von 2006

Nach dem Putsch von 2006 gab es Versuche, auf Fidschi internationalen Druck auszuüben. Harte Wirtschaftssanktionen waren jedoch die Ausnahme. Australien, Neuseeland und die USA verschärfen die Visa-Bestimmungen für Einreisen von fidschianischen Soldaten, Ministern der Übergangsregierung und deren Angehörigen. Kurz vor dem Ausscheiden aus seinem Amt warnte UN-Generalsekretär Kofi Annan Bainimarama, dass im Falle eines Militärputsches Fidschi bei Friedenseinsätzen der UN nicht mehr berücksichtigt würde. Diese Drohung wurde nach dem Putsch nicht wahr gemacht, auch wenn allen voran die neuseeländische Regierung mehrfach bei der

UN intervenierte und versuchte, einen Bann Fidschis für Friedensmissionen zu erwirken.

Eine ähnliche Intention verfolgte der Sekretär des britischen Commonwealth, McKinnon, als er die britische Regierung dazu bewegen wollte, keine Soldaten aus Fidschi mehr zu rekrutieren. Immerhin stellt Fidschi das größte ethnische Kontingent in den britischen Streitkräften. Am 7. August 2007 teilte das britische Verteidigungsministerium mit, dass auch zukünftig Soldaten aus Fidschi in der britischen Armee willkommen seien. Die Europäische Union machte Entwicklungsgelder zur Strukturanpassung des Zuckersektors in Höhe von F\$ 350 Millionen davon abhängig, dass Fidschi bis März 2009 Wahlen abhielt. Es dauerte bis zum September 2014, bevor dies geschah.

Etwas an Empörung und Ermahnung, sogar etwas an Sanktionen musste Bainimarama über sich ergehen lassen, aber recht bald kehrte vieles zu altbekannten Routinen zurück. Vor allem die Touristen, Fidschis wichtigster Devisenbringer.

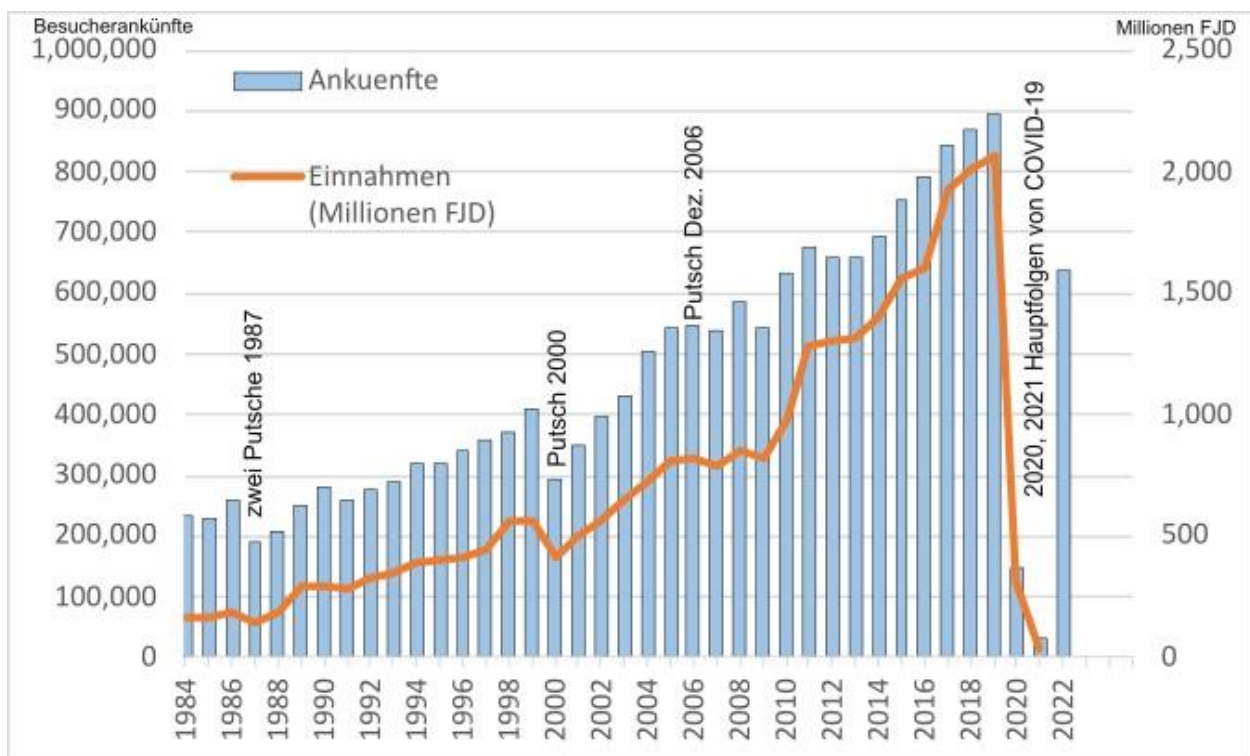


Abb. 2: Auswirkungen von Coups und COVID-19 auf internationale Ankünfte und Einnahmen durch den Tourismus (1984 – 2022)

Wie schon nach den beiden Putschen von 1987 und dem Putsch von 2000, konnte auch der Putsch vom Dezember 2006 Touristenströme nach Fidschi nur kurz abbremsen. 2007 nahmen die Besucheranzahl und Einnahmen im Tourismussektor

leicht ab, aber bereits 2008 waren die Touristenzahlen höher als 2005, dem letzten Jahr vor dem Staatsstreich. Es ist tatsächlich so, dass Fidschi trotz politischen Instabilitäten, sogar der Durchführung von militärischen Umstürzen, für viele ein beliebtes Touristenziel blieb. Woanders (z.B. in Bali) führten verheerende Bombenanschläge zu einer Umlenkung von Touristenströmen, hauptsächlich aus Australien, woraus pazifische Inselstaaten profitierten.

Nach dem Putsch von 2006 wurden altbewährte internationale Beziehungen auf Sparflamme gesetzt, nicht von Fidschi, sondern von seinen großen Brüdern. Alte Freunde wie Australien, Neuseeland, den USA und der Europäischen Union wandten sich von Fidschis Regierung ab. Offizielle Zusammenarbeit wurde eingestellt, was vor allem die Zahlung von Entwicklungsgeldern an die Regierung betraf.

Um einer internationalen Isolierung entgegenzuwirken, wurden Beziehungen 'zweiter Ordnung' intensiviert und neue aufgenommen, z.B. mit Indonesien, Kasachstan, Kuba, Russland, Südafrika, Venezuela und anderen. Die Intensivierung der Beziehungen mit China stach dabei hervor, aber auch mit Indien wurde ein verbessertes Verhältnis gesucht.

Es war nicht etwa so, dass die vom Militär gestützte Regierung neue Partner groß suchen musste, viele standen schon bereit. Ihre Rolle und Wichtigkeit und der Zweck, weshalb solche Beziehungen intensiviert wurden, veränderte sich aber einschneidend.

Direkt nach dem Putsch von 2006 war die politische Diversifizierung eine Frage des politischen Überlebens. Nachdem dies aber erreicht war, wurde sie zum Symbol Fidschis gewachsenen politischen Einflusses unter den Entwicklungsländern und darüber hinaus. Fidschi zeigte schon bald der Welt, aber auch den Bürgern im eigenen Land, dass ein kleiner Inselstaat in der Südsee in bedeutungsvoller Art und Weise zur 'großen Politik' beitragen konnte, indem neue Chancen der Süd-Süd-Zusammenarbeit ergriffen wurden. Fidschi eröffnete Vertretungen in Indonesien, Südafrika (die erste in Afrika) und Äthiopien sowie in Brasilien (die erste in Südamerika). Allein 2010 nahm Fidschi diplomatische Beziehungen mit 37 Staaten auf. 2011 waren 114 Staaten mit Fidschi diplomatisch verbunden. In diesem Jahr trat Fidschi auch der Bewegung der Blockfreien Staaten bei.

Fidschis Ansehen unter den Entwicklungsländern wurde auch eindrucksvoll zum Ausdruck gebracht, als Premierminister Bainimarama 2012 für ein Jahr Vorsitzender des Internationalen Zucker-Ausschusses wurde. Im folgenden Jahr übernahm Fidschi den Vorsitz der Gruppe der 77 (+ China), mit 134 Mitgliedsstaaten die einflussreichste Organisation unter den Entwicklungsländern.

Die größte internationale Anerkennung erhielt Fidschi aber nach den Wahlen von 2014: Im September 2016 eröffnete Botschafter Peter Thomson die 71ste Sitzung der Vollversammlung der Vereinten Nationen. Im November 2016 wurde Fidschi von der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) ausgewählt, die 23. Konferenz der Vertragsparteien (COP23) abzuhalten. Da das kleine Land nicht in der Lage war, die rund 20.000 erwarteten Teilnehmenden zu beherbergen, fand das Treffen Ende 2017 in Bonn, Deutschland, statt. Es war das allererste und bislang einzige Mal, dass ein kleiner Inselstaat eine Konferenz der Vertragsparteien der UNFCCC durchführte. Bereits im November 2015 führte Fidschi die Delegation der Pazifikinseln bei der COP21 in Paris an und brachte die Anliegen der SIDS in die Verhandlungen über den Klimawandel ein. Ein paar Monate vor der COP23, im Juni 2017, war Fidschi Mitveranstalter der Ozeankonferenz der Vereinten Nationen in New York.

Fidschi, COVID-19 und Politik

Wenn weiter oben darauf hingewiesen wurde, dass alle Putsche der Vergangenheit wenig Einfluss auf Touristenströme nach Fidschi hatten, dann war dies vollkommen anders durch Covid-19. Die Pandemie hatte viel verheerendere Auswirkungen auf den Tourismussektor in Fidschi als alle Putsche in der Vergangenheit. Die Pandemie schwächte auch die *FijiFirst*-Partei, die vor allem während der zweiten Welle der Pandemie in Fidschi, nach Mitte April 2021, äußerst unpopuläre Entscheidungen traf (siehe unten).

Bis Mitte April 2021 stellte die *FijiFirst*-Regierung ihre Erfolge deutlich hervor - die geringen COVID-19-Zahlen und COVID-19 Todesfälle sprachen für sich. Diesen Erfolg wollte man sich nicht durch ein parteienübergreifendes Krisenmanagement verwässern lassen. *FijiFirst* wies alle Angebote der Opposition und vieler Nichtregierungsorganisationen (NRO) zurück, bei der Bewältigung dieser Krise an einem Strang ziehen zu wollen.

Es verwundert wenig, dass die COVID-19 Pandemie große Auswirkungen auf die Entwicklung der politischen Kultur in Fidschi hatte. In dieser für die gesamte Welt äußerst schwierigen Zeit, war es häufig ungünstig ‚regieren zu müssen‘, weil viele Menschen von Regierungsentscheidungen negativ betroffen waren. Es gibt wohl kein Land, in dem dies nicht der Fall war. COVID-19 hat den Menschen nicht nur klarer gemacht, wie sehr sie gegenüber vielerlei Krankheiten verwundbar sind, es wurde auch immer klarer, dass dies auch politische Konstellationen verändern kann, Menschen Präferenzen haben für oder gegen bestimmte politische Institutionen, Aussagen und politisches Handeln.

In diesem Zusammenhang muss es zunächst unbegreiflich erscheinen, weshalb die *FijiFirst*-Regierung das Angebot der Oppositionsparteien ausschlug, an der Lösung der COVID-19 Krisen parteienübergreifend zu arbeiten. Solche Angebote der Opposition gab es zu Beginn der Pandemie mehrere und auch, als sich die Situation in Fidschi nach Mitte April 2021 deutlich verschärfte. Jedes Mal lehnte die *FijiFirst*-Regierung entsprechende Angebote ab.

Zu Beginn der Pandemie forderten führende Vertreter von Organisationen der Zivilgesellschaft und der Oppositionsparteien die Regierung auf, die Krise mit einem parteiübergreifenden Ansatz zu bekämpfen. Oppositionspolitiker Rabuka, schrieb einen Brief an Premierminister Bainimarama, in dem er erklärte: *„Der Kampf zur Eindämmung und Bekämpfung von COVID-19 muss auf nationaler Ebene und parteiübergreifend geführt werden“*. All diese Bemühungen blieben wie erwähnt erfolglos.

Im Dezember 2020 trat Rabuka sogar von seinem Mandat als Abgeordneter des fidschianischen Parlamentes zurück, um den Weg für eine nationale Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hinweg freizumachen. Es war klar, dass die Regierung damals bereits die Wahl von 2022 (oder Frühjahr 2023) im Blick hatte, und Rabuka keine Möglichkeit einräumen wollte, sich zu profilieren. Im Parlament sagte Rabuka deshalb: *„Ich werde nicht länger ein Hindernis für den parteiübergreifenden Ansatz sein, den die führenden Politiker Fidschis verfolgen, um Harmonie, Fortschritt und Einheit in Fidschi zu schaffen, und mit allem Respekt, Herr Parlamentspräsident, reiche ich meinen Rücktritt aus dem Parlament ein, vielen Dank, Herr Präsident“*.

Mit der Einführung der careFiji-app, ein auf Mobiltelefonen basierendes Ortungsgerät zum Erkennen von Kontakten mit COVID-19 infizierten Personen, kündigte Premierminister Bainimarama an, dass *„careFIJI weit mehr tun werde als unsere Kon-*

taktsuche effizienter und effektiver zu machen". Es werde anderen Ländern ein Gefühl des Vertrauens vermitteln und der Welt und unseren Touristen zeigen, dass „*Fidschi vielleicht das sicherste Land der Welt ist, um dort zu leben, zu arbeiten und Urlaub zu machen*". Zu diesem Zeitpunkt gab es in Fidschi keine COVID-19-Fälle in der Öffentlichkeit und die *FijiFirst*-Regierung war voller Lob über sich selbst.

In Anspielung darauf, wie schwerwiegend die Krise in den meisten Teilen der Welt war, versuchte die Regierung von Fidschi das Bild zu vermitteln, das Fidschi dank der Managementfähigkeiten seiner Regierung trotz mäßiger Impfraten „*schnell zu einem der sichersten Länder der Welt*“ wurde. Drei Wochen später, am fidschianischen Unabhängigkeitstag, behauptete Premierminister Bainimarama, Fidschi werde „*zu einem der am schnellsten geimpften Länder der Welt.*“ Die Impfkampagne in Fidschi begann jedoch mit durchwachsenem Erfolg. Sie wurde wenig von der Regierung forciert, hatte das Land ja schon fast ein ganzes Jahr keine COVID-Fälle in der Öffentlichkeit. Es zeigte sich auch als sehr effizient, die wenigen Ankünfte so lange in Quarantäne zu beordern (14 Tage), bis eine eventuelle Erkrankung entweder erkannt oder ausgeheilt war.

Als der Premierminister die fidschianische Impfkampagne lobte, hatten mehr als 60 Länder eine höhere Impfquote pro 100.000 Einwohner. Bis Mitte Januar 2022 war das Land auf Platz 82 zurückgefallen. Was den Zeitpunkt der ersten Impfung angeht, so liegt Fidschi auf Platz 155. Viele Länder haben lange vor Fidschi mit der ersten Impfung begonnen. Zu bedenken ist natürlich, dass Fidschi seine ersten Impfstoffe erhielt, als andere Länder bereits drei Monate mit Impfungen zugange waren. Nachdem Fidschi dann am 18. März 2021 endlich Impfstoffe erhalten hatte, dauerte es noch viele Wochen, bis mit der Impfung der Bevölkerung begonnen wurde. In diesen Zeitraum fällt auch der Beginn der zweiten Welle.

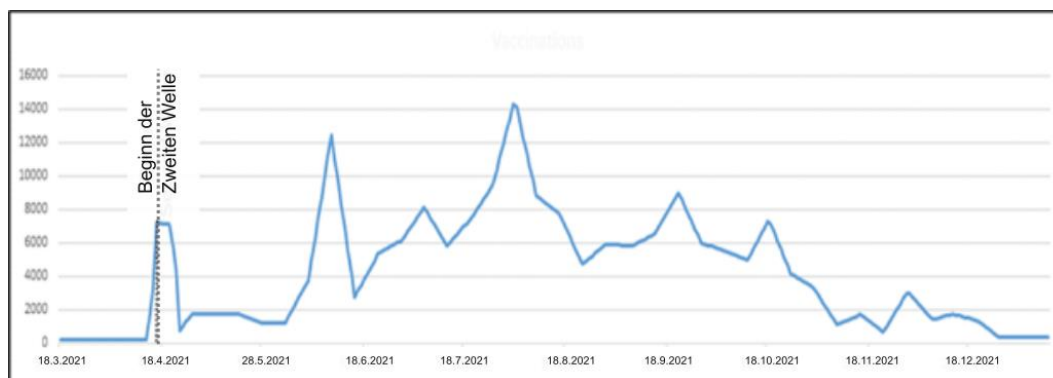


Abb. 3: Impfungen gegen Covid-19 in Fidschi (bis Ende 2021)

***FijiFirst* - Der „Bezwinger“ der Covid-Pandemie!?!?**

Kurz nachdem sich die Nachricht von einer (damals) unbekanntem Infektion in China weltweit verbreitet hatte, begannen auch erste Aktivitäten in pazifischen Inselstaaten. Als erstes verbot die Regierung von PNG am 28. Januar 2020 alle Flüge aus Asien, zwei Tage bevor die Weltgesundheitsorganisation (WHO) COVID-19 zu einem *Public Health Emergency of International Concern* (PHEIC) erklärte. Passagiere, die aus anderen Teilen der Welt anreisten, mussten sich bei der Ankunft im Land einer Temperaturkontrolle unterziehen. Zu diesem Zeitpunkt schloss die Regierung auch die Grenzübergänge nach Westpapua und stellte keine Visa mehr für PNG aus. Dies geschah Wochen, bevor die WHO am 11. März 2020 COVID-19 als globale Pandemie bezeichnete. Mit der Sperrung des internationalen Reiseverkehrs nach PNG lag das Land vor Italien (31. Januar) und deutlich vor Deutschland (28. Februar).

Auch die Regierung von Fidschi hatte bereits in der Frühphase der Pandemie erste Reisebeschränkungen verhängt. Am 3. Februar 2020 wurden die Grenzen für alle Reisenden geschlossen, die sich innerhalb von 14 Tagen vor ihrer Ankunft in Fidschi auf dem chinesischen Festland aufgehalten hatten. Ende Februar wurde das Verbot auf mehrere andere Länder ausgedehnt und kurz darauf die Grenzen für alle internationalen Reisen geschlossen. Fidschi, ein wichtiges Ziel für internationale Kreuzfahrtschiffe, untersagte mit Wirkung vom 15. März allen Kreuzfahrtschiffen das Anlaufen der Häfen des Landes.

Zum Zeitpunkt der ersten gemeldeten Fälle verfügte Fidschi nicht über die Möglichkeit, das SARS-CoV-2-Virus nachzuweisen. Eine Zeitlang wurden Blutproben von COVID-19-Verdachtsfällen zur Überprüfung nach Australien geschickt. Am 11. März eröffnete Fidschi ein Molekularlabor im Fidschianischen Zentrum für Seuchenkontrolle (CDC) in Suva. Fidschi wurde damit der vierte Ort in der pazifischen Inselregion, an dem Tests auf das SARS-CoV-2-Virus durchgeführt werden konnten. Die anderen Testeinrichtungen befanden sich auf Hawai'i, Neukaledonien und Französisch-Polynesien. Dies trug dazu bei, die Zeit bis zur Verifizierung vermuteter SARS-CoV-2-Infektionen erheblich zu verkürzen.

Bis Anfang April hatte Fidschi 37 Fieberkliniken in allen städtischen und größeren ländlichen Zentren für Menschen mit COVID-19-ähnlichen Symptomen eingerichtet. Die fidschianischen Gesundheitsbehörden waren auch sehr pro-aktiv bei der Unter-

suchung der Bevölkerung auf Symptome von COVID-19. Nach Angaben von Premierminister Bainimarama wurden bis Mitte Mai mehr als 800.000 Personen untersucht. Dies entsprach etwa 90% der Bevölkerung des Landes, wobei die Richtigkeit dieser Behauptung von vielen bezweifelt wurde.

Unmittelbar nach Bekanntwerden des ersten Falls in Fidschi wurden in der Region Lautoka, wo der Fall bestätigt wurde, Eindämmungsmaßnahmen ergriffen. Die Stadt wurde vom ein- und ausgehenden Verkehr abgeschirmt, Schulen und nicht lebensnotwendige Geschäfte wurden geschlossen. In ähnlicher Weise wurde der Großraum Suva am 3. April, nachdem die ersten Fälle in der Hauptstadt aufgetreten waren, für 14 Tage abgeriegelt. Die Schulen im ganzen Land blieben bis Anfang Juli geschlossen. Darüber hinaus wurde ab dem 30. März 2020 eine landesweite nächtliche Ausgangssperre verhängt.

Die meisten pazifischen Inselstaaten (PIC) haben unmittelbar nach Bekanntwerden einer sich schnell ausweitenden Krankheit den Notstand ausgerufen. Dies ermöglichte es den Regierungen, Maßnahmen durchzusetzen, einschließlich der Einschränkung individueller Rechte und Freiheiten, die unter normalen Umständen gesetzlich nicht zulässig sind. Die Regierungen der PIC-Länder haben in der gesamten Region Abriegelungen, Ausgangssperren und Grenzschließungen durchgesetzt, Schulen und nicht lebensnotwendige Geschäfte geschlossen und die Bewegungsfreiheit der Bürger eingeschränkt. Diese Maßnahmen wurden auch in Ländern wie Tonga und Samoa ergriffen, auch wenn dort keine Fälle des Virus festgestellt wurden. Der Ausnahmezustand wurde in diesen Ländern mehrfach verlängert, ohne dass sich die Zahl der Fälle tatsächlich geändert hätte.

Abgesehen davon war der Erfolg der *FijiFirst*-Regierung tatsächlich nicht von der Hand zu weisen: Sie hatte es fertiggebracht, dass die gesundheitlichen Auswirkungen von Covid-19 auf die Bürger Fidschis sehr gering waren.

Pandemien erzeugen ein Gefühl der Panik und Unsicherheit. Unter diesen Bedingungen neigen Staaten dazu, in einen Regierungsmodus überzugehen, in dem die individuellen Rechte und Freiheiten eingeschränkt werden, offiziell zum Schutz der öffentlichen Gesundheit. In einem demokratischen Land, in dem die individuellen bürgerlichen und politischen Rechte, die Freiheiten und die Rechtsstaatlichkeit geachtet werden, müssen diese Einschränkungen in ihrem Umfang begrenzt und durch nichts anderes als die Gesundheit und Sicherheit der Bürger gerechtfertigt sein. Sie dürfen

nur so lange und so weit durchgesetzt werden, wie sie für die öffentliche Gesundheit notwendig sind. Der Test für jede Regierung, auch für die PIC-Regierungen, ist, ob und wann diese Notmaßnahmen aufgehoben werden, wenn die akute Bedrohung der Bevölkerung nachlässt.

Besorgte Stimmen in den PIC-Ländern fordern die Regierungen auf, nicht der Versuchung zu erliegen, Notstandsmaßnahmen ohne triftige Gründe fortzusetzen. Notfallmaßnahmen sind für bestimmte Teile der Gesellschaft besonders schädlich. Es ist allgemein anerkannt, dass Pandemien vor allem Frauen, Kinder, Minderheiten und andere gefährdete Gruppen treffen. Pandemien sind nicht geschlechtsneutral. Erzwungene soziale Isolation und Quarantäne erhöhen das Risiko von häuslicher und sexueller Gewalt. Dies ist ein wichtiges Anliegen in der Pazifikregion, die bereits eine der höchsten Raten an körperlicher und sexueller Gewalt gegen Frauen und Mädchen in der Welt aufweist. Frauen- und Menschenrechtsorganisationen haben darauf mehrfach hingewiesen.

Frauen tragen häufig die Hauptlast der Betreuungsarbeit und der Hausarbeit, die durch Schulschließungen und Abriegelungen zusätzlich belastet werden. Seit Beginn der Pandemie und der Durchsetzung von Notfallmaßnahmen hat die Zahl der Anrufe bei Beratungsstellen und Zentren für häusliche Gewalt im gesamten Pazifikraum zugenommen. Hunderte von Menschen, darunter auch Minderjährige, wurden in Fidji seit der Verhängung der nächtlichen Beschränkungen verhaftet, vor allem wegen Verstoßes gegen die Ausgangssperre, selbst Monate nachdem die Regierung erklärt hatte, das Land sei „*COVID-19-frei*“.

Solche Ereignisse machen deutlich, weshalb sich während der COVID-19 Pandemie die Beziehungen von Frauengruppen und -verbänden gegenüber der *FijiFirst*-Regierung zuspitzten, was sich dann auch im Wahlkampf 2022 bemerkbar machte.

Der subregionale FAO-Direktor Eriko Hibi wies darauf hin, dass es sich bei der Pandemie insbesondere im Kontext der PICs um eine strukturelle Krise handelt, was bedeutet, dass die Auswirkungen trotz der geringen Zahl der tatsächlichen Fälle bereits immens sind. Die Unterbrechung der einheimischen und globalen Nahrungsmittelketten und der Anstieg der Lebensmittelpreise beeinträchtigen den Lebensunterhalt von Tausenden von Menschen. So berichtet Hibi, dass wenige Tage nach der Abriegelung der Stadt Suva die Kosten für das am meisten konsumierte Gemüse um 11 bis 36%, in einigen Fällen sogar um bis zu 75% gestiegen sind. Die UNO

schätzte bereits 2020, dass bis zu 110.000 Fidschianer aufgrund der Pandemie unter die Armutsgrenze fallen könnten - zusätzlich zu den 28% der Bevölkerung, die laut Volkszählung 2017 bereits unterhalb der Armutsgrenze lebten.

Was die Gesundheit betrifft, so haben alle PICs aufgrund der bereits schwachen Gesundheitssysteme nur sehr begrenzte Kapazitäten zur Behandlung von COVID-19 Patienten. Eindämmung war daher eine sinnvolle Strategie, um die bereits anfälligen Gesundheitssysteme zu schützen.

Der Zugang zur Gesundheitsversorgung wird zu einer Herausforderung, wenn die Zahl der Fälle plötzlich ansteigt. Dies war während der ersten Welle in Fidschi nicht der Fall. Dennoch zwang der wirtschaftliche Druck der vom Tourismus abhängigen Staaten, die Öffnung ihrer Grenzen für internationale Reisende zu erwägen. Verschiedene Staaten im Pazifikraum verfolgen unterschiedliche Strategien, um die dringend benötigten Impfstoffvorräte zu sichern, die für eine möglichst rasche Erreichung der Herdenimmunität für unerlässlich angesehen wurden. Mit dem sozialen Konstrukt der Herdenimmunität wollte man den Menschen vorgaukeln, dass nur genügend Menschen geimpft werden mussten und schon sei alles wie vorher. Selbst das Gesundheitsministerium beteiligte sich an der Verbreitung solcher Halbwahrheiten. Eine Herdenimmunität kann nur bei Infektionskrankheiten erreicht werden, bei der durch Impfung oder nach dem Erleben der Krankheit eine sehr lange, über Jahre andauernde Immunität besteht, am besten eine lebenslange, wie dies bei Pocken und Masern der Fall ist.

Wie in vielen anderen Teilen der Entwicklungsländer spielte auch in den pazifischen Inselstaaten die Initiative *COVID-19 Vaccines Global Access* (Covax) eine Schlüsselrolle zum Erhalt von Impfstoffen. Die fidschianische Regierung hatte zusätzlich bilaterale Verhandlungen mit Australien und Indien aufgenommen, um die Finanzierung für den Kauf von Impfstoffen zusätzlich zu den Vorräten, die von Covax geliefert werden, zu sichern.

Von der ersten Covid-19 Welle zur Katastrophe

Bis weit in das Jahr 2021 hinein hatten viele pazifische Inselstaaten keine Corona-Erkrankungen. Dort, wo es Fälle gab, war die Sterblichkeit bis auf wenige Ausnahmen gering. Abgesehen davon waren die sozialen und wirtschaftlichen Folgen aber überall schwerwiegend. Für die politische Entwicklung in Fidschi im Zusammenhang

mit der COVID-19 Pandemie ist die Epidemiologie wichtig, das "Wer, wann und wo" von COVID-19, die damit verbundenen Gesundheitsrisiken und mögliche Wege zur Kontrolle der Pandemien. Der folgende Abschnitt beschreibt die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen von COVID-19. Einige pazifische Inselstaaten hatten während der Pandemie zusätzlich mit schweren Umweltgefahren zu kämpfen (Zyklone, Vulkanausbrüchen, Tsunamis). In Fidschi trafen wiederholt solche Risiken mit dem COVID-19 Ausbruch zusammen.

Der erste Corona-Fall in Fidschi betraf einen Flugbegleiter der *Fiji Airways*, der von San Francisco zum internationalen Flughafen in Nadi und von dort mit einem weiteren Flug am nächsten Tag nach Auckland, Neuseeland, reiste. Er kehrte noch am selben Tag nach Nadi zurück. Zwei Tage später (19. März 2020), wurde er positiv auf SARS-CoV-2 getestet. Einige Fälle wurden später entdeckt (7 Fälle). Fall 9 war am 22. März aus Indien (über Singapur) eingetroffen. Er hatte an einer religiösen Veranstaltung in Neu-Delhi teilgenommen, die mit mehr als 1.000 COVID-19-Fällen in Zusammenhang steht. Anstatt sich nach seiner Rückkehr 14 Tage lang selbst zu isolieren, blieb er einige Tage in Suva, bevor er per Schiff und Bus in die Stadt Labasa im Norden Fidschis zweitgrößter Insel Vanua Levu reiste. Es wurden acht Fälle im Zusammenhang mit diesem 9. Fall gezählt. Am 7. April gab der Polizeichef der Fidschi-Inseln bekannt, dass strafrechtliche Ermittlungen gegen die Flugbegleiterin (Fall 1) und die aus Indien zurückkehrende Person (Fall 9) wegen mutmaßlicher Verstöße gegen die öffentlichen Gesundheitsvorschriften aufgenommen worden waren. Sie hatten versäumt, sich bei der Rückkehr nach Fidschi selbst zu isolieren. Bei drei weiteren Fällen hatten Personen, die aus dem Ausland einreisten, das Virus in die Gemeinschaft eingeschleppt, also insgesamt 18 Fälle. Weitere 56 Fälle wurden nach der Einreise während der notwendigen Quarantänezeit entdeckt. Die infizierten Menschen heilten ihre Krankheit in Quarantäneeinrichtungen aus und gelangten erst gar nicht in die Öffentlichkeit, solange sie nicht vollständig gesund waren.

Die Reflektion über die erste Welle von COVID-19 in Fidschi enthält einige interessante Fakten, die effizientes politisches Handeln nahelegen: Es war möglich, alle übertragenen Fälle in der Gemeinschaft auf eine kleine Anzahl von eingeschleppten Fällen zurückzuführen. Die Gesundheitsbehörden waren äußerst erfolgreich bei der Aufdeckung dieser Fälle in der Gemeinschaft, bevor sie sich weit verbreiten konnten. Nach dem 20. April 2020 war Fidschi für beinahe ein ganzes Jahr frei von Fällen

in der Öffentlichkeit. Alle COVID-19 Fälle, die es in diesem Zeitraum gab, traten in der Quarantäne auf. Am 14. Oktober 2020 wurde das Land für coronafrei erklärt. In der Ersten Welle waren 70 Fälle registriert worden, 18 in der Öffentlichkeit und 52 in Quarantäne. Die Zahl der Todesfälle betrug von diesem Zeitpunkt an bis April 2021 zwei.

Mehr als ein Jahr lang gehörte Fidschi zu den pazifischen Inselstaaten mit einer sehr geringen Inzidenz von COVID-19. Mitte April 2021 erlebte das Land dann eine zweite Welle der Krankheit. Innerhalb weniger Wochen erreichte die Zahl der Infektionen pro Million Einwohner einen der höchsten Werte weltweit. Mit Zehntausenden von COVID-19-Fällen und Hunderten von Todesfällen geriet die Regierung unter starken öffentlichen Druck.

Am 10. April 2021 kamen zwei Passagiere aus Indien über Singapur auf dem internationalen Flughafen Nadi an und brachten die Delta-Variante des Virus nach Fidschi. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Fidschi wie erwähnt das Coronavirus wirksam eingedämmt. Es war fast ein ganzes Jahr her, dass in Fidschi ein COVID-19-Fall in der Öffentlichkeit aufgetreten war.

In den ersten Monaten des Jahres 2021 hatte die Delta-Variante des Coronavirus weltweit Aufmerksamkeit erregt. In Indien wurde die Variante für eine der verheerendsten COVID-19-Wellen verantwortlich gemacht. Viele Länder verschärften die Sicherheitsmaßnahmen, um die Variante an ihren Grenzen zu stoppen. Die Fidschi-Inseln haben in dieser Hinsicht wohl nicht genug getan. Es wurde zu wenig darauf geachtet, die Delta-Variante in Quarantäneeinrichtungen einzudämmen.

Eine Woche, nachdem die Delta-Variante Fidschi erreicht hatte, wurde der erste COVID-19-Fall in der Öffentlichkeit seit fast einem Jahr gemeldet. Am 19. April wurde bekannt gegeben, dass eine Frau, die in einem Quarantänehotel arbeitete, am 17. April positiv getestet worden war. Es wurde vermutet, dass sie sich bei einem Soldaten angesteckt hatte, der mit den beiden am 10. April eingetroffenen Passagieren in Kontakt war.

Nachdem bestätigt worden war, dass es die Delta-Variante in der Öffentlichkeit gab, wurden Tausende getestet. Die Gesundheitsbehörden konzentrierten sich auf eine Beerdigung in Lautoka (etwa 30 km nördlich von Nadi, wo der internationale Flughafen des Landes ist), an der die Frau am 16. und 17. April teilnahm. Die Frau wur-

de beschuldigt, die staatlichen Behörden nicht sofort informiert zu haben, als sie am 15. April COVID-ähnliche Symptome entwickelte. Zwei der größten Städte Fidschis, Nadi und Lautoka, wurden mit einer Ausgangssperre belegt, um die weitere Ausbreitung des Virus einzudämmen.

Das Verhängen einer Ausgangssperre ist stichhaltig, aber das Protokoll zur Verhinderung der Ausbreitung der Krankheit in der Öffentlichkeit war unzureichend. Wissenschaftliche Erkenntnisse deuteten schon viel früher darauf hin, dass Menschen mit dem Coronavirus infiziert sein können, ohne dass Symptome auftreten. Selbst Menschen, die Symptome entwickeln, sind in aller Regel bereits drei bis vier Tage in der Lage andere anzustecken, bevor sie selbst erste Symptome haben. Mit einem Protokoll, das sich auf Symptome stützt, konnten Fälle nicht früh genug erkannt werden, um die Ausbreitung der Krankheit zu verhindern.

Beinahe 70.000 COVID-19-Fälle und 883 bestätigte Todesfälle sind das bisherige Ergebnis unzureichender und unangemessener Quarantäneprotokolle. Fehler und Versäumnisse ermöglichten nicht nur die zweite Welle, sondern fügten der ohnehin schon kränkelnden Wirtschaft und Gesellschaft weitere schwere Schäden zu.

Mitte April 2021, nachdem die Delta-Variante des Coronavirus Fidschis Öffentlichkeit erreicht hatte, wurden in Nadi, Lautoka, Suva und Nausori Quarantänezonen eingerichtet. Reisen zwischen den Eindämmungszonen sowie zwischen Viti Levu und den äußeren Inseln waren nicht gestattet.

Eine wichtige Entscheidung, die zu einem starken Anstieg der COVID-19-Fälle führte, wurde Ende Mai 2021 getroffen. Die bestehenden Sperrzonen (Containment Areas) von Suva, Lami und Nausori und die von Lautoka und Nadi wurden zusammengelegt. Dies führte zu einer Zunahme der Personenbewegungen und der Verbreitung des Coronavirus. Außerdem wurde es dadurch schwieriger, Kontakte erfolgreich zu verfolgen. Innerhalb weniger Wochen verzeichnete Fidschi die höchste COVID-19-Zahl pro Million Einwohner aller Länder der Welt (Abb. 5).

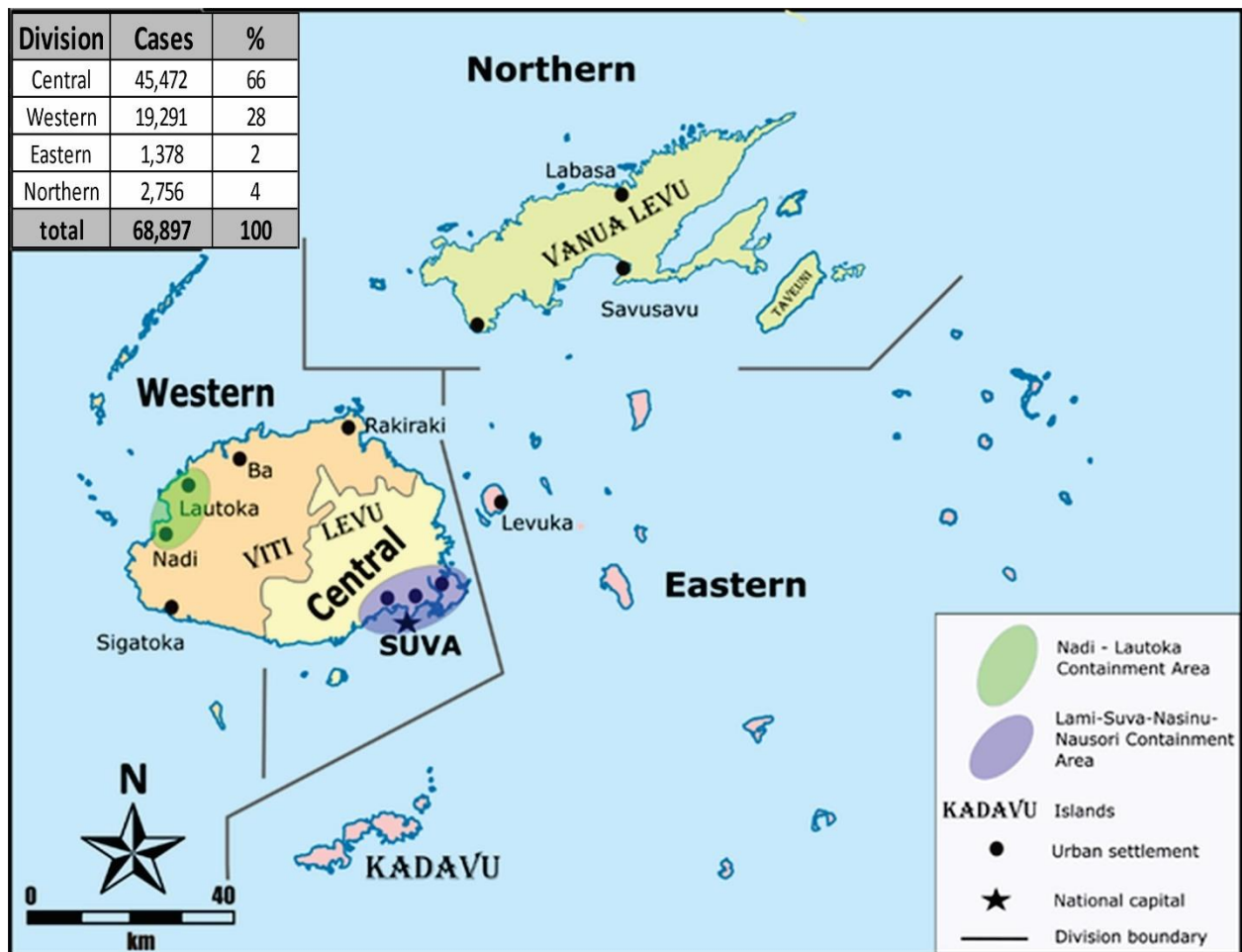


Abb. 4: Sperrzonen (Containment Areas) in Fidschi und Covid-19-Fälle Anfang März 2023

Nun war die sehr erfolgreich angewandte Strategie des Gesundheitsministeriums, Kontakte von infizierten Menschen genaustens nachzuverfolgen, nicht mehr erfolgreich. Es waren schon sehr bald einfach zu viele Fälle, und drastischere Maßnahmen wurden verkündet. Viele Menschen gaben nun der Regierung die Schuld, die zweite Welle nicht verhindert zu haben, zumal diese bis April 2021 immer wieder betont hatte, wie erfolgreich sie in der Eindämmung des Covid-Virus sei.

Eine Impfkampagne in Fidschi kommt nur sehr langsam in Schwung

Wie bereits erwähnt, gab es in Fidschi fast ein Jahr lang keine COVID-19-Fälle in der Öffentlichkeit. Die Menschen waren froh, dass die Krankheit unter Kontrolle war. Diese Zeit hätte aber genutzt werden müssen, um eine Impfkampagne vorzubereiten. Als die Impfkampagne dann schließlich begann, befand sich Fidschi bereits inmitten einer schweren Gesundheitskrise.

Es war versäumt worden, die Zeit zwischen April 2020 und April 2021 zu nutzen, um eine effiziente Impfkampagne vorzubereiten. Wenig, sehr wenig wurde diesbezüglich getan. Die *FijiFirst*-Regierung fühlte sich sicher, alles unter Kontrolle zu haben. Dies änderte sich aber mit den ersten Covid-19 Fällen Mitte April 2021. Plötzlich herrschte überall in der Regierung Chaos und Ratlosigkeit. Die systematische Impfkampagne, die jedem Impfwilligen einen festen Termin zuweisen sollte, wurde nicht mehr durchgeführt. Geimpft wurde, wer bei den Impfstellen erschien und sich in lange Schlangen einreihete. Auf ältere Menschen wurde keine Rücksicht genommen. Auch mussten sie stundenlang anstellen, wenn sie denn überhaupt erschienen.

Mit Ausnahme einiger weniger Impfungen im März 2021 begann die öffentliche Impfkampagne Mitte April 2021, zeitgleich mit der zweiten Welle von COVID-19. Nachdem bekannt gegeben worden war, dass eine Registrierung nicht mehr erforderlich war, wurde weitgehend das Prinzip „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“ angewandt. Dadurch wurde die Organisation der Kampagne problematisch; die Menschen erschienen ad hoc an den Impfstellen, und Kranke und ältere Menschen hatten darunter zu leiden. Ursprünglich hatten die Gesundheitsbehörden geplant, vorrangig Menschen mit Vorerkrankungen zu impfen, doch nun waren die Impfstellen überfüllt, wodurch gefährdete Gruppen ferngehalten wurden. Das stundenlange Anstehen an den Impfstellen überstieg deren Kapazitäten, und diejenigen, die die Impfung am dringendsten benötigten, wurden oft vergessen.

Zwischen Anfang März und dem 14. April 2021 fanden täglich etwa 230 Impfungen statt, was bedeutet, dass weniger als 0,7% der Bevölkerung Fidschis in diesem Zeitraum ihre erste Impfung erhielten. Als die Delta-Variante von SARS-CoV-2 auftrat, waren daher die meisten Menschen im Land dem hochansteckenden Stamm des Coronavirus ausgesetzt, ohne dass ein Impfschutz bestand.

In der politischen Diskussion war ein Hauptkritikpunkt, dass die Regierung nicht verhindern konnte, dass die Delta-Variante nach Mitte April 2021 in die fidschianische Öffentlichkeit gelangte. Als tausende neuer Fälle auftraten, die Todeszahlen nach oben schnellten, war es der *FijiFirst*-Regierung wohl dann doch zu peinlich, jetzt parteienübergreifende Maßnahmen zu unterstützen, als wieder solche Angebote von Seiten der Opposition kamen.

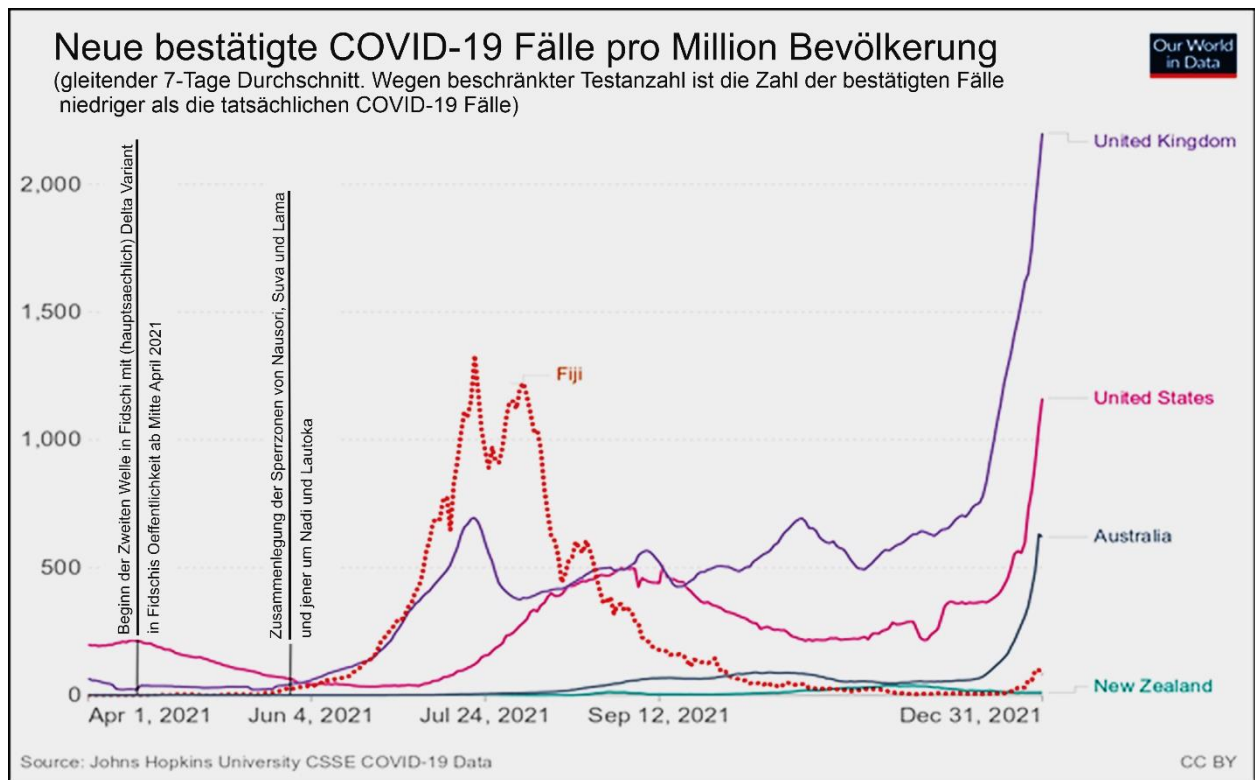


Abb. 5: COVID-19 Fälle in Fidschi im Vergleich zu anderen Ländern (April 1 – Dezember 31, 2021)

Ende 2021 schien Fidschi die zweite Welle unter Kontrolle zu haben. Mit 54.147 registrierten COVID-19-Fällen und 698 Todesfällen stand Fidschi an der Spitze der pazifischen Inselstaaten und an dritter Stelle der pazifischen Inselstaaten und -territorien. In den letzten Dezembertagen 2021 wurden Befürchtungen laut, dass eine dritte Welle durch die Omikron-Variante ausgelöst werden könnte, als nach Weihnachten 2021 COVID-19 Fälle wieder deutlich zunahmten. Diese dritte Welle blieb aber aus, auch wenn 2022 sich die Zahlen infizierter Menschen und Todesfälle in Fidschi weiter erhöht haben. Anfang März 2023 waren es 68.879 registrierte COVID-19 Fälle und 883 Todesfälle.

Der Traum von der Herdenimmunität

Fidschi erhielt seine ersten Impfstoffe am 6. März 2021, als 12.000 Dosen von AstraZeneca durch COVAX bereitgestellt wurden. Am 29. März folgten weitere 100.000 Dosen AstraZeneca aus Indien, obwohl Indien eine Woche zuvor die Ausfuhr von AstraZeneca wegen der hohen Nachfrage im Land eingeschränkt hatte. Die zweite Charge von COVAX, 24.000 Dosen AstraZeneca kamen am 19. April an. Ende April kündigte Neuseeland die Spende von 250.000 Impfstoffdosen von AstraZeneca an

Fidschi an. Am 16. Juli erhielt Fidschi 150.080 Dosen Moderna-Impfstoffe im Rahmen der COVAX-Fazilität. Die Impfstoffe waren vorrangig für schwangere Frauen bestimmt. Am 20. September begann eine Impfkampagne für Kinder im Alter von 15 bis 17 Jahren mit Moderna-Impfstoffen. Am 15. November wurde eine weitere Impfkampagne für 12- bis 14-Jährige mit dem Impfstoff von Pfizer-BioNTech gestartet. Mit Unterstützung Neuseelands hatte Fidschi bis Mitte Oktober 100.000 Dosen dieses Impfstoffes erhalten. Bis Mitte Januar 2022 hatte Fidschi über COVAX 501.280 Dosen Impfstoff erhalten. Durch andere Quellen (Spenden) wurden weitere 1.249.500 Impfstoffdosen bereitgestellt, so dass die Gesamtzahl der gelieferten Impfstoffe zu diesem Zeitpunkt bei 1.750.780 lag.

Obwohl die Impfkampagne in Fidschi, nachdem sie endlich eingesetzt hatte, relativ gut verlief, sahen einige eine Bedrohung durch lautstarke Anti-Impf-Bewegungen. Innerhalb einer Woche verlagerten sich die Erklärungen der Regierung und die anschließende Politik von der Rede vom verfassungsmäßigen Recht der Menschen, selbst zu entscheiden, ob sie geimpft werden wollen, hin zur Einführung strenger Impfvorschriften in einem hastig ausgearbeiteten Gesetz. Impfkritiker wurden von den staatlichen Behörden verfolgt; wer sich nicht impfen lassen wollte, verlor seinen Arbeitsplatz und seine Existenzgrundlage („no jab, no job“).

Sobald die Impfkampagne angelaufen war, wurde sie zur wichtigsten Strategie, um die Ausbreitung von COVID-19 einzudämmen und zur "Rückkehr zur Normalität". Wie ein Mantra wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass eine erfolgreiche Impfkampagne die einzige Möglichkeit sei, eine "Herdenimmunität" zu erreichen. Es wurde nur wenig darüber informiert, was der Begriff "Herdenimmunität" eigentlich bedeutet und wie schwierig oder gar unmöglich es ist, sie zu erreichen. Wenig später basierte die politische Entscheidung, den Menschen die Lebensgrundlage zu entziehen (keine Impfung, kein Job), auf einer sehr unsicheren Einschätzung der "Herdenimmunität".

Beispiele gibt es zuhauf, hier nur einige wenige: Der Gesundheitsminister verkündete z. B. im August 2021: *„Wir wollen die Herdenimmunität durch Impfung erreichen“* und versprach, *„die Beschränkungen aufzuheben, sobald mehr als 60 Prozent der fidschianischen Bevölkerung vollständig geimpft sind“*. Anfang Juli 2021 erklärte der Generalstaatsanwalt und Wirtschaftsminister Sayed-Khaiyum, dass *„das Ministerium das Ziel verfolgt, mindestens 80 Prozent der Bevölkerung zu impfen, um ei-*

ne Herdenimmunität zu erreichen, die zu einer Rückkehr zur Normalität führen könnte". Premierminister Bainimarama setzte seine Hoffnung ausschließlich auf die "Herdenimmunität", als er die Öffentlichkeit am 11. Juni darüber informierte, dass Fidschi „diese derzeitige Tortur durch eine intelligente und gezielte Anwendung von Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung überstehen wird, bis wir genug von uns geimpft haben, um die Herdenimmunität zu erreichen". Fünf Wochen später verzeichnete Fidschi die weltweit höchste Zahl neuer COVID-19-Fälle pro Million Einwohner (Abb. 5).

Die unablässige Konzentration auf die Impfung und das - manche würden sagen - vergebliche Bemühen, eine "Herdenimmunität" zu erreichen, erscheint seltsam, da zu diesem Zeitpunkt viele Wissenschaftler betont hatten, dass eine "Herdenimmunität" nur dann erreicht werden kann, wenn weit über 90 % der Bevölkerung gegen COVID-19 immun seien. Darüber hinaus gibt es auch eine beträchtliche Anzahl von Wissenschaftlern, die argumentieren, dass eine "Herdenimmunität" im Zusammenhang mit SARS-CoV-2 überhaupt nicht erreicht werden kann.



Anfang Juli 2021 erklärte Generalstaatsanwalt und Wirtschaftsminister Sayed-Khaiyum, dass Impfungen zwar der Schlüssel zur Rückkehr zu wirtschaftlich gesunden Zeiten seien, die Regierung aber nicht vorhabe, sie per Gesetz vorzuschreiben. Er fügte hinzu, dass *"es nach wie vor das verfassungsmäßige Recht eines jeden ist, sich zu entscheiden, ob er sich impfen lässt oder nicht"*.

Die Woche war noch nicht vorbei, als die Regierung aufgrund der deutlich zögerlichen Beteiligung an den öffentlichen Impfungen ihre Pläne änderte und eine Impfpflicht einführte. Unter Verweis auf die Verfassung des Landes erklärte

Premierminister Bainimarama, dass Beamte verpflichtet seien, sich an die Richtlinien der Regierung zu halten, und betonte, dass es die Sorgfaltspflicht der Regierung sei, Impfungen für ihre Bürger durchzusetzen. Ähnliche Pflichtimpfungen wurden in vielen anderen Ländern als Ausweg aus der Pandemie eingeführt.

Obwohl sie ein wirksames Mittel zur Erhöhung der Impfquote sind, sind Pflichtimpfungen aus Sicht der Menschenrechte problematisch. Einzelpersonen können Impfungen aus bestimmten Gründen verweigern, etwa aus medizinischen Gründen oder aus Gewissensgründen. Dieses Recht ist in internationalen Menschenrechtsverträgen garantiert, die das Recht auf körperliche Unversehrtheit, Gewissens- und Religionsfreiheit sowie das Recht auf Verweigerung jeglicher medizinischen Behandlung unterstreichen.

Neben dem ICCPR schützt auch der Internationale Pakt über wirtschaftliche, kulturelle und soziale Rechte (ICESCR) von 1966, den Fidschi ebenfalls unterzeichnet hatte, grundlegende Rechte, die durch eine Politik des „no jab, no job“ in Frage gestellt werden. Nach Artikel 6 des ICESCR hat jeder Mensch ein Recht auf Arbeit und die Unterzeichnerstaaten sind verpflichtet, dieses Recht zu achten. Es liegt auf der Hand, dass das Recht auf Arbeit in Frage gestellt, wenn nicht sogar verletzt wird, wenn Einzelpersonen gedroht wird, dass sie ihren Arbeitsplatz verlieren, wenn sie sich nicht impfen lassen. Es stellt sich dann die Frage: Hat jeder Mensch das Recht auf eine Arbeit seiner Wahl? Gesundheitspersonal, Lehrer, Polizeibeamte und andere Personen in öffentlichen Ämtern haben Positionen inne, in denen sie, wenn sie nicht geimpft sind, andere gefährden könnten. In Fidschi haben Berichten zufolge mehr als 250 Mediziner und Lehrer sowie 13 Polizeibeamte ihren Arbeitsplatz verloren, weil sie nicht geimpft worden sind.

Bainimaramas Aussage, dass die Regierung eine Fürsorgepflicht gegenüber ihren Bürgern hat, ist zwar richtig, aber aus menschenrechtlicher Sicht stellen die Pflichtimpfungen ein Dilemma dar. Einerseits sollen sie die Gesellschaft vor dem Schaden einer Pandemie schützen. Auf der anderen Seite greifen sie in die Rechte der einzelnen Menschen ein. Wenn solch drastische Maßnahmen ergriffen werden, ist es wichtig, dass eine Regierung in der Lage ist, die Gleichbehandlung der Bürger unabhängig von ihrem Impfstatus zu gewährleisten - kein leichtes Unterfangen, wenn man bedenkt, welche Maßnahmen zur Eindämmung des Virus erforderlich sind.

Weltweit wurde heftige Kritik an den obligatorischen Impfausweisen laut, die nicht geimpfte Personen von der Teilnahme an bestimmten Veranstaltungen ausschließen. In Fidschi waren schnell gefälschte Impfausweise im Umlauf, als Protokolle zur Überprüfung des Impfstatus eingeführt wurden. Es ist verständlich, dass nicht ge-

impfte Menschen nicht zu Ausgestoßenen in ihrer Gesellschaft werden wollen, vor allem, wenn die Folgen so schwerwiegend sind wie der Verlust der Existenzgrundlage. Zwar haben einige Gewerkschaften Bedenken gegen die Impfpflicht geäußert, doch der öffentliche Widerstand war überraschend gering.

Wirtschaftliche Auswirkungen von Covid-19

Zusätzlich zu den gesundheitlichen Auswirkungen der Coronakrankheit und den offensichtlichen Fehlern, die bei der Eindämmung des Coronavirus gemacht wurden, waren es vielerlei soziale und wirtschaftliche Auswirkungen der Pandemie, die auch in Fidschi zu mancherlei politischen Problemen führten.

Dank des Engagements der Gesundheitsbehörden hat sich die erste Welle nicht zu einer Gesundheitskatastrophe größeren Ausmaßes auf den Fidschi-Inseln ausgeweitet. Allerdings kam es zu erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Beeinträchtigungen, deren schlimmstes Beispiel der massive Rückgang der internationalen Besucher ist.

Die Coronavirus-Pandemie hinterließ in fast allen Bereichen der fidschianischen Wirtschaft ihre Spuren; das BIP sank im Jahr 2020 um 15,7 % gegenüber 2019, was 10,4 % über dem durchschnittlichen BIP-Rückgang der PICs im Jahr 2020 lag und zur schwersten Rezession seit der Unabhängigkeit Fidschis führte.

Der Tourismus macht etwa 40 % des BIP von Fidschi aus. Im Jahr 2019 war die Hoffnung groß, dass die Rekordzahlen von über 870.000 Besucher im Jahr 2018 und fast 900.000 im Jahr 2019 im Jahr 2020 übertroffen werden würden. Der massive Rückgang der Besucherankünfte nach Februar 2020 setzt dieser Hoffnung ein Ende.

Die Schließung der internationalen Grenzen Fidschis hat den Tourismussektor in die Knie gezwungen. Im Vergleich zu fast 900.000 Besuchern im Jahr 2019 kamen im Jahr 2020 nur 147.000 Besucher nach Fidschi, mehr als 95% davon in den ersten drei Monaten vor der Schließung der Grenzen. Für den Rest des Jahres kamen knapp über 7.000 Besucher*innen. Dabei handelte es sich hauptsächlich um Einwohner Fidschis, die aus dem Ausland zurückkehrten und für die einige Hotels als Quarantäneeinrichtungen dienten. Dieser Trend verschärfte sich im Jahr 2021.

Obwohl sich COVID-19 glücklicherweise nicht zu einer größeren Gesundheitskrise in den pazifischen Inselstaaten und Territorien (PICT) entwickelt hat, hat sie aufgrund einer Reihe einzigartiger Merkmale in praktisch allen PICTs zu erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Störungen geführt. Geografische Kleinheit, Isolierung und Abgelegenheit und Zersplitterung in Verbindung mit einer erheblichen wirtschaftlichen Abhängigkeit von ausländischer Hilfe, Überweisungen und Tourismus machen die PICTs besonders anfällig für externe Schocks wie COVID-19 einer ist / war.

Bevor COVID-19 die Weltwirtschaft lahmlegte, verzeichnete die pazifische Inselregion im Jahr 2019 ein insgesamt positives Wirtschaftswachstum von rund 3,7%. Seit COVID-19 zur Pandemie erklärt wurde, sind die Gesellschaften der pazifischen Inseln einem zunehmenden wirtschaftlichen Druck ausgesetzt, der durch den Stopp des internationalen Reiseverkehrs und der Touristenankünfte seit April 2020 sowie durch die Auswirkungen des globalen Wirtschaftsabschwungs ausgelöst wurde.

Auf den ersten Blick scheint es, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie in den pazifischen Inselstaaten weniger schwerwiegend waren als in vielen anderen Ländern. Inmitten der globalen Krise veröffentlichte die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) im Juli 2020 einen Bericht mit Prognosen zu den wirtschaftlichen Aussichten der pazifischen Inselregion. Der Bericht sagt voraus, dass die Volkswirtschaften der pazifischen Inseln bis zum Ende des Jahres um 4,3 % schrumpfen werden. Angesichts der weltweit prognostizierten Schrumpfung des realen BIP um 4,9 % scheint der Rückgang der pazifischen Volkswirtschaften etwas geringer auszufallen. Dies sollte jedoch nicht von der Tatsache ablenken, dass die sozioökonomischen Auswirkungen für einige PICTs wahrscheinlich schwerwiegender waren als für viele andere Nationen, insbesondere die Industrieländer des globalen Nordens. Besonders die Kapazitäten, Unterstützung für Menschen zu gewähren, die durch die Pandemie arbeitslos geworden waren, stieß in Fidschi und anderen PICTs schnell an ihre Grenzen.

Eine Reihe von PICTs, die für ihre einsamen weißen Sandstrände bekannt sind, haben recht erfolgreich in die Vermarktung dieser natürlichen Ressourcen investiert. Sie haben in den letzten zwei Jahrzehnten eine wachsende Zahl internationaler Reisender und Touristen angezogen.

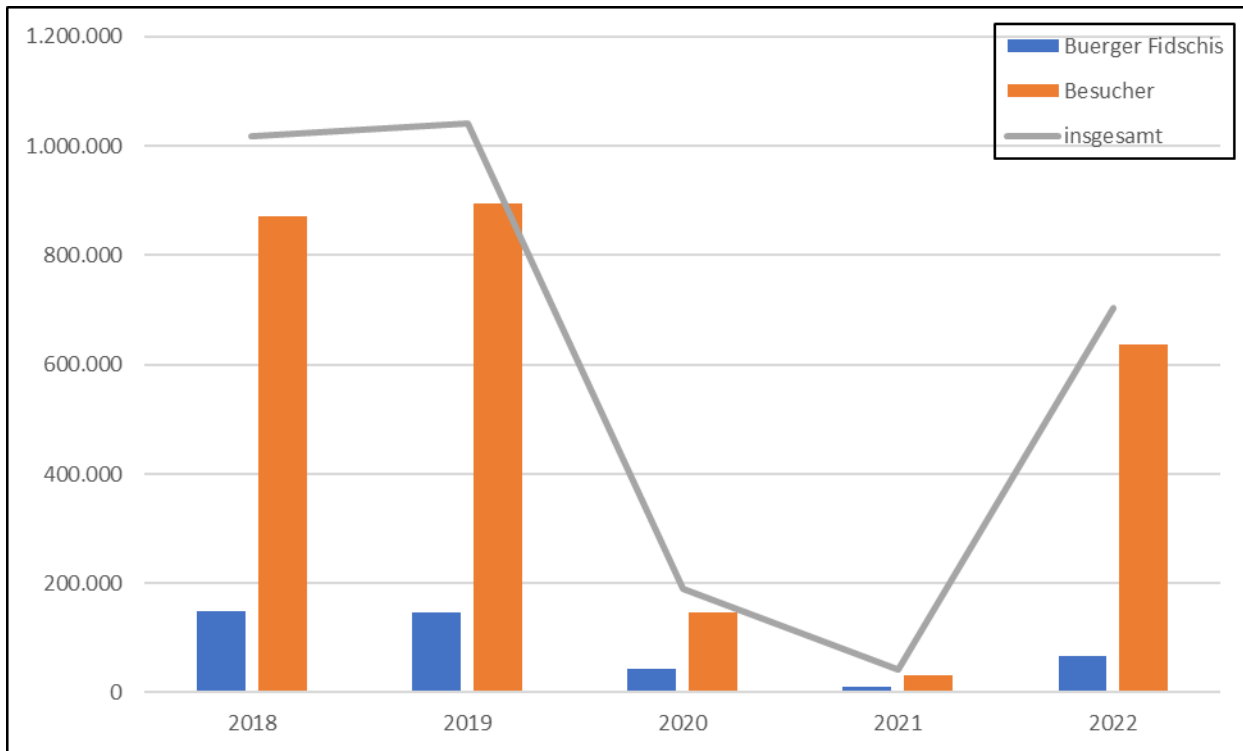


Abb. 6: Entwicklung der Besucherzahlen in Fidschi (2018 – 2022)

Dementsprechend haben die Besucherankünfte in den PICTs im Jahr 2018 einen Höchststand von 3,16 Millionen erreicht, was zu einem erheblichen Wachstum des Tourismussektors geführt hat, der sich in vielen PICTs zu einem der größten Sektoren für das BIP, die Beschäftigung und die Devisen entwickelt hat. Während Australien und Neuseeland die meisten Touristen zu den pazifischen Inselzielen bringen, haben erfolgreiche Marketingstrategien auch zu einem Anstieg der Ankünfte aus den USA, China, dem Vereinigten Königreich und der EU geführt. Zu den beliebtesten Reisezielen gehören die Fidschi-Inseln, die Cook-Inseln, Palau, Guam, Vanuatu, Samoa und Französisch-Polynesien.

Es überrascht nicht, dass diese Volkswirtschaften nun am stärksten von den internationalen Reiseverboten betroffen sind. Fidschis bis dahin wachsender Tourismussektor gehört zu den am stärksten betroffenen in der Region. Die wirtschaftliche Abhängigkeit von den Deviseneinnahmen und der Beschäftigung im Tourismussektor ist sehr hoch. Der Tourismus trägt rund 40% zum BIP des Landes bei. Im Jahr 2019 war die Hoffnung groß, dass die bisherigen Rekordzahlen in den Jahren 2018 und 2019 im Jahr 2020 übertroffen werden würden. Diese Hoffnungen führten zu zusätzlichen Investitionen in den Tourismussektor. Fidschis nationale Fluggesellschaft *Fiji Airways* bestellte 2019 zwei neue Flugzeuge, um den Flugverkehr zwischen Fidschi und den Anrainerstaaten des Pazifischen Ozeans, wie Australien und

den USA, auszubauen. Der *Fiji National Provident Fund* (FNPF) weitete seine Investitionen in das lokale Hotel- und Tourismusgewerbe aus.

Die *FijiFirst*-Regierung verabschiedete eine neue Steuerpolitik, um tourismusbezogene Steuern zu senken und weitere finanzielle Anreize zur Wiederbelebung des lahmen Tourismussektors im Staatshaushalt 2020/21 zu schaffen. Diese Hoffnungen hatten sich aber zerschlagen. Erst 2022 konnte man endlich ein Licht am Ende des Tunnels wahrnehmen. Bis dahin hatte die Wirtschaft Fidschis bereits sehr gelitten. Am 1.12.2021 wurden internationale Reiseverbote aufgehoben und Touristen begannen, nach Fidschi zurückzukehren.

Nach Angaben der Weltbank schrumpfte die Wirtschaft Fidschis im Jahr 2020 um 19%. Die Arbeitslosenquote stieg auf 27 Prozent. Dies ist der höchste prognostizierte Wirtschaftsrückgang in der pazifischen Inselregion. Die wirtschaftliche Rezession, die die Region im Jahr 2020 erlebte, hielt auch 2021 an und verbesserte sich langsam 2022, auch wenn die *FijiFirst* auf sehr hohe Wachstumsraten für 2022 verwies. Danach sollte die Wirtschaft bis Ende 2022 um etwa 15 Prozent gegenüber 2021 steigen. Viele Menschen sahen dies als die halbe Wahrheit an, wurde ihnen doch verschwiegen, dass in den beiden Jahren zuvor die Wirtschaft um weitaus höhere Prozentsätze gefallen war. Viele wunderten sich, weshalb Premierminister Bainimarama und sein Wirtschaftsminister Sayed-Khaiyum dies nicht mit berücksichtigt wollten.

Als Folge des Zusammenbruchs des internationalen Reise- und Handelsverkehrs auf den Pazifikinseln mussten die meisten tourismusbezogenen Unternehmen und Fluggesellschaften ihren Betrieb einige Zeit einstellen oder auf ein Minimum reduzieren. Die Beschäftigten wurden entweder vollständig entlassen oder arbeiten mit reduzierten Arbeitszeiten (und Gehältern). Betroffen waren nicht nur die direkt im Tourismus Beschäftigten, sondern auch Unternehmen und Landwirte/Fischer, die Waren und Dienstleistungen an Hotels und Resorts liefern. Die *FijiFirst*-Regierung erklärte bereits im Juli 2020, dass etwa ein Drittel (115.000) der Arbeitskräfte des Landes aufgrund des wirtschaftlichen Abschwungs ihren Arbeitsplatz verloren haben oder weniger arbeiten. Premierminister Bainimarama bezeichnete die Pandemie als den "*Jobkiller des Jahrhunderts*". Aber nicht nur die vom Tourismus abhängigen Volkswirtschaften haben zu kämpfen. Der eingeschränkte internationale Reiseverkehr und Handel hatten zu einem starken Rückgang der Bau-, Transport- und anderen

wirtschaftlichen Aktivitäten geführt, was zu sinkenden Einnahmen und steigender Arbeitslosigkeit führte.

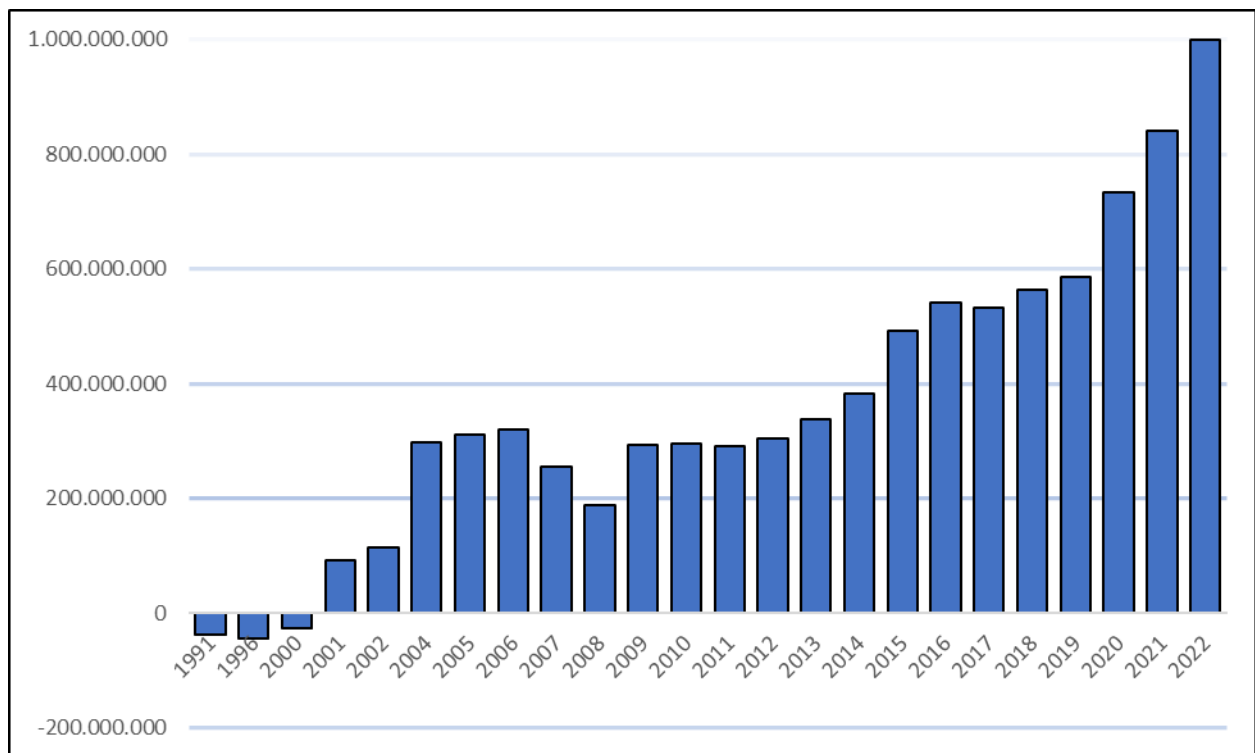


Abb. 7: Entwicklung der privaten Geldüberweisungen nach Fidschi (in FJD)

Noch 2020 gingen die Weltbank und der International Währungsfonds davon aus, dass wegen der COVID Pandemie die privaten Geldüberweisungen nach Fidschi stark zurückgehen würden. Menschen aus Fidschi, die ausgewandert waren, oder vorübergehend außer Landes leben, wären von den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie beeinträchtigt. Sie wären weniger in der Lage, Geldüberweisungen zu ihren Familienangehörigen in Fidschi durchzuführen. Tatsächlich sind viele Familien auf Überweisungen von Familienmitgliedern im Ausland angewiesen, die eine wichtige Einkommensquelle zur Deckung ihres täglichen Bedarfs darstellen. In Fidschi betragen die Geldüberweisungen aus dem Ausland weniger als 10% des Bruttoinlandproduktes (BIP). In Ländern wie Samoa und den Marshallinseln sind es bis zu 15% des BIP, in Tonga sogar fast 40%. Es ist auch so, dass die Pandemie weltweit Millionen von Arbeitnehmern in die Arbeitslosigkeit getrieben hat. Wander- und Saisonarbeiter gehörten oft zu den ersten, die von Arbeitsplatzverlusten bedroht waren. Trotz der hohen Nachfrage war es für Saisonarbeiter aus PIC-Ländern wie Vanuatu oder Fidschi aufgrund der weltweiten Reisebeschränkungen schwierig, vorübergehend nach Australien oder Neuseeland auszuwandern.

Die Reisebeschränkungen in der pazifischen Inselregion waren zu Fallen für viele Wanderarbeitnehmer geworden: Sie konnten weder arbeiten noch in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Die Weltbank schätzte, dass die Überweisungen in die ostasiatische und pazifische Inselregion voraussichtlich um 13% zurückgehen würden. Sie sah darin ein ernsthaftes Verarmungsrisiko für die Betroffenen und negative Bedingungen für das Wirtschaftswachstum der betroffenen Länder, da durch fehlende Kaufkraft und niedrigen Konsum Industrieproduktion leiden würde.

Es kam aber anders: In den Jahren von Covid-19 nahm die Summe der privaten Geldüberweisungen schneller und höher zu als jemals zuvor. Es sieht ganz danach aus, als ob Menschen im Ausland ihre Gürtel noch enger geschnallt haben, um mehr Geld nach Hause schicken zu können.

Tourismus vs. Gesundheit

Angesichts der Milliardenverluste durch die Pandemie war in einigen pazifischen Ländern eine Diskussion über eine mögliche Wiederöffnung der Grenzen für den Tourismus entbrannt. Australien und Neuseeland hatten im Mai 2020 damit begonnen, die Einrichtung einer exklusiven trans-tasmanischen Reiseluftblase (zwischen Australien und Neuseeland) zu diskutieren. Einige PICTs, darunter Fidschi, Vanuatu, die Cook-Inseln, Niue und Tokelau, haben sich aktiv dafür eingesetzt, in eine solche Reiseblase aufgenommen zu werden, um ihre lebenswichtigen Tourismussektoren wiederzubeleben. Schon bald wurden diese Pläne aufgrund eines starken Anstiegs der COVID-19-Fälle in Australiens zweitbevölkerungsreichstem Bundesstaat Victoria auf Eis gelegt, und auch in Neuseelands Hauptstadt Auckland ist ein Wiederauftreten von COVID-19 zu verzeichnen. Französisch-Polynesien reagierte mit einer Blitzaktion, als es am 15. Juli seine Grenzen für die dringend benötigten Touristen wieder öffnete. Das Ergebnis ist hinlänglich bekannt. Innerhalb weniger Tage nach Öffnung der Grenzen schleppten Kreuzfahrttouristen das Virus an die Küsten des Archipels ein.

In Fidschi ging man einen anderen Weg. Nachdem die neuseeländische Premierministerin Jacinda Ardern und ihr australischer Amtskollege klargestellt hatten, dass es keine trans-tasmanische und erst recht keine pazifische Reiseblase geben wird, bevor das Virus in ihren Ländern eliminiert ist, hat Fidschi versucht, alternative Wege zu fördern, um die Touristen allmählich zurückzuholen. Initiativen wie Fidschis Blue

Lane zielten darauf ab, das Land als sicheren Hafen für Segler aus Übersee zu bewerben. Die vorgeschlagene *Bula Bubble* zur Festlegung von Gesundheitsprotokollen, um australischen und neuseeländischen Touristen den Besuch der fidschianischen Küste zu ermöglichen, war ein weiteres Beispiel für solche Versuche. Die Regierung hat immer wieder versucht, bei Neuseeländern und Australiern Vertrauen in die Fähigkeiten des fidschianischen Gesundheitssystems zu schaffen, um sowohl Touristen als auch Inselbewohner vor einer Übertragung des Virus während eines Besuchs im Land zu schützen. Diese Initiativen sind jedoch weitgehend erfolglos geblieben – die Regierung wurde mitunter heftig kritisiert, dass sie überhaupt annahm, dass solcher Aktionismus Erfolg haben könnte.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie und die Ungewissheit in Bezug auf die internationalen Touristenströme haben in den PICTs zu massiven wirtschaftlichen Herausforderungen geführt. Die meisten PICTs verfügen nicht über die wirtschaftlichen und administrativen Kapazitäten, um den Abschwung ihrer Volkswirtschaften wie die Länder des globalen Nordens zu bewältigen. Viele Entwicklungsländer in der pazifischen Inselregion können es sich einfach nicht leisten, größere Beiträge an bedürftige Bürger zu zahlen. Es war unmöglich, allen Unternehmen mit staatlichen Krediten auszuhelfen oder Konjunktur- oder Beschäftigungsprogramme zu finanzieren/umzusetzen, um den lokalen Verbrauch, die Investitionen und die Beschäftigung anzukurbeln. Viele Unternehmen gingen in Konkurs und viele Menschen verloren ihren Arbeitsplatz. Im Falle von staatlichen oder staatlich kontrollierten Unternehmen (z.B. *Fiji Airways*) wurden hunderte Menschen ohne irgendeine Entschädigung entlassen. Dies betraf auch Arbeitnehmer im informellen Sektor, wo es überhaupt keine Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigung gibt.

In einer Bewertung der makroökonomischen Folgen für die Menschen im Pazifik kam das *Development Policy Centre* in Australien zu dem Schluss, dass die Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen um bis zu 40% steigen könnte. Der Einbruch der Einnahmen führte zu einer Ausweitung der Leistungsbilanzdefizite und einer steigenden Auslandsverschuldung. Für viele Länder wird dies in den kommenden Jahren wahrscheinlich zu Haushaltskürzungen führen, da diese stark von Steuern und Einnahmen aus dem Tourismus und dem Binnenkonsum abhängen. Kürzungen bei den Einnahmen können wiederum zu Haushaltskürzungen bei der Infrastruktur, dem Bildungswesen und anderen grundlegenden Ressourcen und Dienstleistungen

führen, die für ein langfristiges Wirtschaftswachstum und sozialen Schutz erforderlich sind.

Ohne internationale Touristen hatte die überwiegende Mehrheit der Hotels und Resorts seit April 2020 ihren Betrieb für zwanzig Monate eingestellt oder eingeschränkt, um die Fixkosten niedrig zu halten. Einige wenige ausgewiesene Hotels und Resorts in und um Nadi, wo sich der internationale Flughafen befindet, haben sich mit dem Gesundheitsministerium zusammengetan und ihre Einrichtungen in staatlich vorgeschriebene COVID-19-Quarantäneeinrichtungen für zurückkehrende Reisende umgewandelt.

Die Auswirkungen der Pandemie auf den Tourismussektor waren gravierend. Vor allem die vom Tourismus abhängigen Beschäftigungsbereiche auf der Westseite von Viti Levu wurden hart getroffen. Ebenfalls betroffen waren die verschiedenen mit dem Tourismus verbundenen Unternehmen wie Lebensmittellieferanten, Autovermietungen, Landwirte, Reisebüros und Reiseveranstalter. Etwa ein Drittel der gesamten Erwerbsbevölkerung Fidschis verlor entweder ihren Arbeitsplatz oder arbeitete mit reduzierter Arbeitszeit. Darüber hinaus mussten im Laufe der Pandemie immer mehr Unternehmen in Nadi und Lautoka schließen, weil die Kaufkraft der zunehmend arbeitslosen Bevölkerung fehlte.

Politische Verflechtung und COVID-19

Angesichts der zunehmenden Armut, Arbeitslosigkeit und Ernährungsunsicherheit ergriffen die betroffenen städtischen Haushalte eine Reihe unterschiedlicher Maßnahmen, um ihr Leben zu sichern. Viele wandten sich dem informellen Sektor zu und engagierten sich in der städtischen Landwirtschaft und in Kleinstbetrieben. Die Menschen nutzten ihre Hinterhöfe und nahe gelegene freie Flächen, um Gemüse für den Verbrauch und den Handel anzubauen. Die Regierung förderte und unterstützte den kurz- und mittelfristigen Gemüseanbau durch die kostenlose Verteilung von Gemüsesamen und Setzlingen wie Taro, Maniok, Kumala (Süßkartoffel), Tomaten, Bohnen, Kohl und Auberginen im Rahmen ihrer Home Gardening- und Farm Support Package-Programme.

Lokale Nichtregierungsorganisationen wie die *Foundation for Rural Integrated Enterprises and Development* (FRIEND) spielten eine wichtige Rolle bei der Unterstützung von Gemeinschaften und Haushalten. Überschüssige Lebensmittel aus den

Gärten sowie Fisch und andere Wasserressourcen, die an der Küste und in den Flüssen gefangen und geerntet wurden, wurden entweder auf dem Markt oder an Straßenständen verkauft. Die Menschen tauschten ihre Produktionsüberschüsse gegen andere Waren und Dienstleistungen über ein wieder eingeführtes Tauschsystem, das während der Krise immer beliebter wurde. Andere Haushalte richteten kleine Lieferdienste für selbst gekochtes Essen und Catering ein, um Einkommen zu generieren, mit dem sie Rechnungen und lebensnotwendige Dinge bezahlen konnten. Trotz des finanziellen Drucks und der Schwierigkeiten, die Rechnungen zu bezahlen und die Familie zu ernähren, erwiesen sich viele Menschen als widerstandsfähig und sammelten positive Erfahrungen aus ihren Bemühungen, wie z. B. die Rückbesinnung auf die Natur und die traditionellen Produktionsmethoden, die Teil der traditionellen fidschianischen Kultur und Lebensweise sind.

Die Regierung reagierte auf diese sozioökonomischen Auswirkungen mit außerordentlichen kreditgedeckten Ausgabenerhöhungen in den Haushalten 2020/2021 (3,67 Mrd. F\$ - Nettodefizit von 2 Mrd. F\$) und 2021/2022 (3,69 Mrd. F\$ - Nettodefizit von 1,6 Mrd. F\$), um Investitionen in Infrastruktur, Gesundheit und Bildung zu finanzieren, die Gehälter der Regierung zu decken und Unternehmen und Haushalte, die von der Pandemie betroffen sind, zu entlasten. Das daraus resultierende Haushaltsdefizit von rund 3,6 Mrd. F\$ seit 2020 wird die Gesamtverschuldung der Regierung bis Mitte 2022 voraussichtlich auf ein Rekordhoch von 9 Mrd. F\$ ansteigen lassen. Die Belastung durch die Rückzahlung der Schulden für die künftige Generation wird enorm sein und sich nachteilig auf die künftige wirtschaftliche Entwicklung Fidshis auswirken.

Beide umstrittenen Defizitbudgets zielten darauf ab, die Wirtschaft in Zeiten der Rezession anzukurbeln. Sie enthielten Bestimmungen zur sozialen Absicherung von Arbeitnehmern des formellen und informellen Sektors, die ihren Arbeitsplatz verloren oder ihre Arbeitszeit reduziert hatten. Während der monatelangen Aussperrungen in Suva, Nadi und Lautoka im zweiten und dritten Quartal 2021 wurden Zehntausende von Lebensmittelpaketen und Paketen mit lebensnotwendigen Artikeln durch eine öffentlich-private Partnerschaft kofinanziert und an bedürftige Haushalte verteilt. Um die wirtschaftliche Belastung einkommensschwacher Haushalte zu verringern, wurden Subventionen für Wasser, Strom, Markthändlergebühren und Fischereilizenzen eingeführt.

Zur Unterstützung der Arbeitslosen ergriff die Regierung zwei wichtige Maßnahmen. In einem ersten Schritt, der 2020 eingeleitet wurde, genehmigte sie den vorzeitigen Zugang zu und den Rückzug von Teilen ihrer Renteneinlagen, die vom Staat im Rahmen des Arbeitslosenhilfeprogramms COVID-19 des FNPF subventioniert wurden. Oppositionsführer sowie große Teile der Zivilgesellschaft kritisierten diese Maßnahme scharf. Sie bedeutete, dass viele bei Erreichen des Rentenalters nichts mehr auf ihren Rentenkonten haben würden. Auch diejenigen, die nie in die Rentenkasse eingezahlt hatten, blieben auf der Strecke. Eine zweite Maßnahme, die zwischen August und Oktober 2021 ergriffen wurde, war die Auszahlung von Pauschalbeträgen als außerordentliche Arbeitslosenhilfe. Die Anspruchsberechtigung war an Bedingungen geknüpft, die mit der oben erwähnten „No job-No job“-Strategie zusammenhängen, und kann als ein weiterer moralisch fragwürdiger Versuch angesehen werden, die Menschen davon zu „überzeugen“, sich impfen zu lassen, um anspruchsberechtigt zu sein. Insgesamt beliefen sich die Sozialausgaben für COVID-19-Hilfsmaßnahmen auf 500 Millionen F\$.

Auf den Außenhandel hatte die Krise für Fidschi nur geringe Auswirkungen. Angesichts der Pandemie befürchteten viele, dass die fehlenden Deviseneinnahmen aus dem Tourismus die Finanzierung dringend benötigter Importe (z. B. Öl und mineralische Brennstoffe, Autos, Maschinen, Flugzeuge und Hubschrauber, Lebensmittel usw.) gefährden würden. Tatsächlich stiegen die Agrarexporte im Jahr 2020 auf einen Rekordwert von 100 Mio. FJD und werden diesen Betrag im Jahr 2021 wahrscheinlich noch übertreffen (Fidschi-Regierung, 2021a). Dies reichte jedoch nicht aus, um die hohen Verluste an Deviseneinnahmen aus dem Tourismussektor zu ersetzen. Entgegen weit verbreiteten Annahmen federten internationale Überweisungen von Fidschianern aus dem Ausland den Rückgang der Devisenreserven während der Pandemie ab. Im Jahr 2020 sagten IWF und Weltbank voraus, dass sich die weltweite Konjunkturabschwächung negativ auf die Überweisungen nach Fidschi auswirken würde. Im Gegensatz dazu erreichten die Überweisungen im Jahr 2020 ein Rekordniveau, und die Prognosen für 2021 gehen davon aus, dass dieser neue Rekord erneut übertroffen wird. Die im Jahr 2020 eingegangenen Überweisungen waren 11% höher als im gleichen Zeitraum des Jahres 2019 und summierten sich auf insgesamt 652,75 Mio. FJD. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Zahlen für 2021 800 Millionen FJD übersteigen werden, da bis November bereits 752,7 Millionen FJD

verzeichnet wurden. Diese Überweisungen sind zur wichtigsten Devisenquelle für Fidschi in den Jahren 2020 und 2021 geworden und haben stark zur Handlungsfähigkeit des Landes auf dem internationalen Markt sowie zur relativen Stabilität der Landeswährung beigetragen.

Politische Ansätze zur Bewältigung von Katastrophen wie tropischen Wirbelstürmen, Überschwemmungen oder einer Gesundheitskrise wie COVID-19 stehen in einem politischen Kontext. Es ist verlockend, "Erfolgsgeschichten" für politische Zwecke zu nutzen, aber gleichzeitig werden sich Oppositionsparteien, die die Kompetenz der politischen Akteure in Frage stellen, leicht auf Misserfolge konzentrieren. Je länger die COVID-19-Krise andauerte, desto wichtiger werden solche politischen Aspekte des Krisenmanagements. Bis Mitte April 2021 stellte die *FijiFirst*-Regierung ihre Erfolge deutlich hervor: die geringen COVID-19-Zahlen und COVID-19 Todesfälle sprachen für sich. Diesen Erfolg wollte man sich nicht durch ein parteienübergreifendes Krisenmanagement verwässern lassen. In einer regionalen Sicherheitsbewertung von COVID-19 der Deep Knowledge Group liegt Fidschi auf Platz 120 von 200 Ländern, was die Sicherheit vor COVID-19 betrifft. Mit 99 anderen Ländern befindet es sich in der niedrigsten Kategorie (Stufe 4). Die *FijiFirst*-Regierung erhob den Anspruch auf Exzellenz, obwohl das Gegenteil der Fall war. Dies blieb vielen Wähler*innen in Fidschi nicht verborgen.

Der Regierungswechsel nimmt Formen an

Manche werden sich fragen, ob COVID-19 tatsächlich einen solch großen Einfluss auf das Wahlergebnis hatte, wie es hier dargestellt wird. Ja und Nein. Die Wahlen vom Dezember 2022 hätten wohl einen anderen Ausgang genommen, wenn die COVID-19 Krise tatsächlich parteienübergreifend angegangen worden wäre. Mehrere Gründe sprechen dafür:

- So wie die *FijiFirst*-Regierung von sich behauptete, die erste Welle der Pandemie von ihren gesundheitlichen Auswirkungen vorzüglich gemeistert zu haben, so schadete die gesundheitliche Katastrophe während der zweiten Welle vor allem der *FijiFirst*.

- Die wirtschaftliche und soziale Katastrophe hat viel damit zu tun, dass der Staat Fidschi schon vor Beginn der Pandemie große Probleme hatte, was die Staatsfinanzen betraf. Populistische Politik beruht auf Geschenken, die den Wählern und Wählerinnen gemacht werden. Viele Programme wurden seit Jahren durchgeführt, und neue eingeführt. Als dann zusätzliches Geld für Abmilderungsmaßnahmen für von der COVID-Pandemie betroffene Menschen gebraucht wurden, fehlte es. Man „erlaubte“ ihnen nun, sich Teile ihrer Rente vorzeitig auszahlen zu lassen.
- Opposition zur bestehenden politischen Ordnung kam auch verstärkt von Nichtregierungsorganisationen (NRO), die vielen von COVID-19 betroffenen Menschen halfen. Viele dieser NROs waren bei internationalen Sponsoren für solide Arbeit aus Zeiten lange vor dem Ausbruch der Pandemie bekannt. Als Geberländer nach Partner suchten, mit denen die von COVID-19 verursachte soziale Not gemildert werden konnte, da waren es eher NROs die Gelder bekamen als die *FijiFirst*-Regierung.
- Während der Pandemie kam es auch zu einigen Naturkatastrophen. Auch hier waren die NRO regelmäßig direkt zur Stelle, um Hilfe zu leisten, die die *FijiFirst*-Regierung nicht zu leisten im Stande war.
- Nicht selten wurden NROs für ihre gute Arbeit kritisiert, wie z.B. Sashi Kiran, bis November 2022 Direktorin von der *Foundation for Rural Integrated Enterprises and Development* (FRIEND), einer großen NRO in Lautoka. Für den humanitären Einsatz von FRIEND in Zusammenhang von COVID-19 und Naturkatastrophen wurde Frau Kiran häufig von Ministern der *FijiFirst*-Regierung kritisiert. Ihr wurde vorgeworfen, durch ihren humanitären Einsatz Parteipolitik für die *NFP* zu machen (!!!). Im November 2022 entschied sich Frau Kiran, FRIEND zu verlassen und für die *NFP* zu kandidieren. In der neuen Regierung ist sie nun Assistant Ministerin für Frauen, Kinder und Armutsbekämpfung.



- Opposition kam auch von den meisten Frauenorganisationen, die sich deutlich gegen die *FijiFirst*-Regierung aussprachen, und hauptsächlich *NFP* oder aber *PAP* im Wahlkampf unterstützten.
- Die methodistische Kirche hielt sich sehr stark zurück, um zu vermeiden, dass sie als sich im Wahlkampf befindlich wahrgenommen wurde. Tendenziell gesehen war sie aber gegen Bainimarama. Sie hatte sich ja schon 2006 gegen den Putsch ausgesprochen und war damals und auch 2009 dafür von Bainimarama abgestraft worden.

Unter dem Strich kann zusammengefasst werden, dass in den beiden Jahren, die zur Wahl führten, oppositionelle Parteien, Gruppierungen und Individuen ein Profil aufbauen konnten, das den anscheinenden Misserfolgen der *FijiFirst* kontrastierend gegenüberstand. Immer mehr Menschen waren davon überzeugt, dass es sich lohnen könnte, nach 16 Jahren *FijiFirst* eine andere Regierung ‚auszuprobieren‘

Was u.U. die größte Wirkung zeigte, dass sie viele Menschen von der *FijiFirst* abwanden, war, dass während der COVID-19 Krise es immer klarer wurde, dass die *FijiFirst* vor allem die Interessen der fidschianischen und internationalen Wirtschaft verfolgte als jene des fidschianischen Normalbürgers. Als die Regierung vorgab, kein Geld für die Unterstützung der leidenden Menschen zu haben, gewährte sie z.B. Kreditabsicherungen von 561 Millionen FJD an *Fiji Airways*, und stimmte zu, dass die Fluggesellschaft einen Großteil seiner Angestellten entließ, ohne auch nur einen Sozialplan auszuarbeiten. All diese Ereignisse schufen sehr guten Nährboden für Themen, die die Opposition im Wahlkampf aufnahm. Alleine die 800 Beschäftigten der *Fiji Airways*, die im Mai 2020 wegen der Covid-19 Pandemie entlassen wurden, schufen ein beträchtliches Wählerpotenzial, zählt man wahlberechtigte Familienangehörige hinzu. Ihnen wurde nicht weniger zugesichert, dass sie im Falle des Wahlsieges von *PAP-NFP* wieder eingestellt würden.



Unions: Government acted like a 'thief in the night'

By PULIN CHANDHARY

THE Fijian Government's latest 'thief in the night' move to the transfer of the State Public Administration Professor Pal Ahluwalia and his wife to the United States, has been widely condemned by the Association of the University of the South Pacific and the University of the South Pacific. The unions of the State Public Administration have also expressed their disapproval and called for the government to reverse its decision.

Prof Ahluwalia is a well-known academic and has been a member of the USP Council. His wife is also a member of the USP Council. The unions have expressed their disapproval of the government's decision to transfer them to the United States, stating that it is a 'thief in the night' move.

The unions have also called for the government to reverse its decision and allow Prof Ahluwalia and his wife to remain in Fiji. They have also expressed their support for Prof Ahluwalia and his wife, stating that they are doing the right thing.

University of the South Pacific Vice-Chancellor Professor Pal Ahluwalia, Fijian Nationalist.

USP SAGA
PAL RESPONDS TO CRITICS
 FBI NOT IN BUSINESS OF MISDIAGNOSING

Attack on MP

PM SAYS BIMAN 'SUCKED UP' TO PROF AHLUWALIA

By SERRANA SULTORA

THE Prime Minister's accusation that the Vice-Chancellor of the University of the South Pacific (USP) 'sucked up' to Professor Pal Ahluwalia, has been widely criticized. The Prime Minister, Frank Bainimarama, accused Prof Ahluwalia of being a 'yes man' who was too close to the government.

Prof Ahluwalia, however, defended himself, stating that he was a neutral academic and was not involved in any political activities. He also stated that he was a member of the USP Council and was not a member of the government.

The Prime Minister's accusation has caused a major controversy at the USP and has led to a number of people questioning the Prime Minister's actions. Some people have accused the Prime Minister of being biased and of targeting Prof Ahluwalia because of his political views.

The USP Council has also expressed its disapproval of the Prime Minister's accusation, stating that it is a 'thief in the night' move and that it is a violation of the USP's independence.

Full report on page 4

noch wagte, die zu beschimpfen, die Hilfe leisten wollten. Die Wirklichkeit war sicherlich nicht so polarisiert, aber so wie viele Menschen ihr Leben unter Covid-19 wahrnahmen, kommt diesem schon recht nahe.

Dies schaffte eine Verdichtung der Unzufriedenheit mit *FijiFirst*, die sich dann auch auf andere Sachfragen negativ auswirkte, ganz gleich ob die Deportierung von Professor Pal Ahluwalia, dem Vizekanzler und Präsidenten der Universität des Südpazifiks (USP), und seiner Partnerin in einer Nacht- und Nebelaktion, die Weigerung der Regierung, ihren Finanzanteil an die USP zu bezahlen, die Weigerung, die Frau von Professor Brij Lal nach Fidschi einreisen zu lassen, um die sterblichen Überreste ihres Mannes in der Nähe von Labasa beizusetzen oder Fragen hinsichtlich der Zukunft des Obersten Häuptlingsrates (Great Council of Chiefs).

Die ersten 70 Tage der neuen Regierung

Als sich zwischen Weihnachten 2022 und Neujahr 2023 langsam die Nebelschwaden verzogen, nahm die neue Regierung langsam Formen an. *FijiFirst* ließ keine Gelegenheit aus, Premierminister Rabuka und seine Regierung zu diskreditieren. Bereits

In Grunde genommen hat eine Vielzahl unpopulärer Entscheidungen der *FijiFirst* ihre Anhänger zu tiefst irritiert und viele, die zunächst nicht sicher waren, wen sie wählen sollten, bestärkt, diesmal Alternative(n) auszuprobieren. Viele dieser unpopulären Entscheidungen hingen mit COVID-19 zusammen, aber beileibe nicht alle. Dennoch nimmt die Pandemie eine Sonderrolle ein, war sie doch allgegenwärtig in Diskussionen von besorgten Menschen. Hier wurde häufig die *FijiFirst* als Ursache von Unzufriedenheit identifiziert, die es dann zusätzlich sogar

Ende Dezember sprach Bainimarama davon, dass die *FijiFirst* bereits eine riesige Flut an Beschwerden über die neue Regierung erhalten hatte. Damals war sie weniger als eine Woche im Amt und die meiste Zeit davon war Weihnachten. Bainimarama behauptete, die von Rabuka geführte Regierung sei "unterdrückerisch und repressiv" und die Menschen in Fidschi lebten in Angst. Innenminister Tikoduadua sagte, dass diese Anschuldigungen, die ohne jegliche Beweise gemacht wurden, besorgniserregend seien und dass ein Team die Anschuldigungen prüfe. Die geschäftsführende Direktorin des *Fiji Council of Social Services*, Vani Catanasiga, bezeichnete die Äußerungen als "aufrührerisch", und der ehemalige Premierminister Mahendra Chaudhry empfahl Bainimarama, "*sich auszuruhen*". Der stellvertretende Premierminister und Vorsitzende der *SODELPA*, Viliame Gavoka, bezeichnete Bainimarama als „einen Experten darin, Zwietracht zu säen, was er schon gegen Premierminister Qarase getan hatte“.

Anstelle die ganz junge Regierung mit solchen Unwahrheiten zu übersäen (wie viel Politik konnte denn in einer Woche tatsächlich gemacht worden sein?), hätte die *FijiFirst* wohl besser daran getan, die Gründe ihrer Wahlniederlage zu analysieren. Was hätte geschehen müssen, war, dass sich Bainimarama und die Parteiführung der *FijiFirst* auf die Oppositionsarbeit einrichteten. Was aber hauptsächlich geschah, war eine regelrechte Verteufelung der neuen Regierung in einer Art und Weise, die selbst viele Unterstützer der *FijiFirst* nachdenklich stimmte.

Die *FijiFirst* zeigt erste Auflösungserscheinungen

Anfang Januar 2023 machte die *FijiFirst* Führung einen schwerwiegenden Fehler: Parteiführer Bainimarama benannte Sayed-Khaiyum als *FijiFirst* Vertreter der Kommission für Verfassungsorgane (Constitutional Offices Commission, COC). Er übersah dabei, dass es nicht möglich ist, dieser Kommission anzugehören und gleichzeitig dem Parlament. Da eine Sitzung der Kommission bereits stattgefunden hatte, musste Sayed-Khaiyum sein Mandat im Parlament abgeben. Es kam aber noch schlimmer: als Mitglied der COC kann er auch keiner Partei angehören. Um nicht aus der *FijiFirst* austreten zu müssen, deren Generalsekretär er ja ist, verließ er wieder die COC. Viele, die diese Fehlritte genüsslich zur Kenntnis nahmen, meinten, dass man sich nicht viel häufiger in solch kurzer Zeit ins Bein schießen kann.

Unter starken Druck geriet auch der Leiter der Wahlbehörde (Supervisor of Elec-

tions) Mohammed Saneem, der am 19.01.2023 suspendiert wurde. Er trat dann am 1. Februar 2023 von seinem Amt zurück. Zwei Tage später wurde er auf dem Flughafen in Nadi daran gehindert, Fidschi auf dem Flug nach Australien zu verlassen, da inzwischen gegen ihn wegen Korruption ermittelt wurde. Er hatte wohl große Summen an Sitzungsgebühren an Mitglieder der Wahlkommission ausbezahlt, auch für soziale Veranstaltungen, für die keine solcher Gebühren gezahlt werden.

Polizeichef Qiliho, vom Innenminister bereits am 28.12.2022 erfolglos zum Rücktritt gebeten, wurde am 27.01.2023 von Präsident Ratu Wiliame Katonivere auf Anraten der COC suspendiert. Auch der Leiter der Strafvollzugsdienste, Francis Kean, Bainimaramas Schwager, wurde mit sofortiger Wirkung suspendiert. Bereits im Oktober 2007 war Kean wegen Totschlag von John Whippy zu einer achtzehnmonatigen Haftstrafe verurteilt worden. Er hatte am 31.12.2006 John Whippy im Anschluss eines Hochzeitsempfang für Whippys Neffen und dessen Braut, der Tochter Premierministers Bainimarams, zu Tode geprügelt. Die Anklage wurde von Mord auf Totschlag reduziert, da der einzige Zeuge ermordet worden war. Nach einer Woche im Gefängnis wurde Kean bereits wieder entlassen. Später wurde er Staatssekretär im Ministry of Works, Transport and Public Utilities. Im März 2016 wurde er dann vom Präsidenten auf Empfehlung des Premierministers Bainimarama zum Leiter der Strafvollzugsdienste ernannt.

Am 8. März 2023 gab der scheidende Premierminister Bainimarama sein Parlamentsmandat auf, nachdem er zuvor wegen Aufruhrs und Beleidigung des Präsidenten für drei Jahre vom Parlament suspendiert worden war, nachdem er in einer Rede seinen Nachfolger Rabuka und Präsident Katonivere kritisiert hatte. Innenminister Tikoduadua hatte zuvor erklärt, Bainimarama habe Worte gewählt, als er sich an die Angehörigen des Militärs wandte, die den Staatschef und den Oberbefehlshaber der Streitkräfte verunglimpfen und erniedrigen. Nach Ansicht von Tikoduadua waren die Äußerungen in hohem Maße aufrührerisch und respektlos, entehren die Würde des Parlaments und bringen es in Misskredit. Der Sprecher des Parlaments, Ratu Lalabalavu, sagte, dass die von Bainimarama verwendeten Worte nicht zur Ordnung im Parlament gehören und eine offensichtliche Verletzung des Parlamentsprivilegs darstellen.

Bainimarama hatte gesagt, Präsident Ratu Katonivere habe das fidschianische Volk im Stich gelassen und werde als derjenige in die Geschichte eingehen, der die in-

kompetenteste und spalterischste Regierung unterstützt und gefördert habe. Er sagte auch, dass er die Mitglieder des Militärs leider darüber informieren müsse, dass das gesamte philosophische Engagement und die jahrelange harte Arbeit des Militärs nun von dieser Regierung untergraben und missachtet werde. Er führte weiter aus, dass der Präsident, zu dem alle aufgesehen haben, weil sie glaubten, dass er wirklich an die Werte und Prinzipien der Verfassung glaubt, eine Kehrtwende vollzogen habe. Er wolle das Militär darüber in Kenntnis setzen, dass ihr Geschenk und Vermächtnis, die fidschianische Verfassung nämlich, täglich ignoriert und missachtet werde. Es sei Rabuka, der wolle, dass das, wofür das Militär so hart gearbeitet habe, abgeschafft werde – die Verfassung.

Durch sein Ausscheiden aus dem Parlament kommt nun die *FijiFirst* wieder auf 26 Parlamentssitze. Zwischenzeitlich hatte sie durch die dreijährige Suspendierung Bainimarmas ja einen Sitz verloren.

Im Januar und Februar 2023 bereits hatten namhafte *FijiFirst* Parlamentarier ihr Mandat niedergelegt, darunter der frühere Umweltminister Mahendra Reddy und die frühere Ministerin für Frauen, Kinder und Armutsbekämpfung, Rosy Akbar. Zählt man Sayed-Khaiyum und nun auch Bainimarama hinzu, fehlen inzwischen Politiker der *FijiFirst* im Parlament, die bei der Wahl 81,6 Prozent der Stimmen der *FijiFirst* erhalten hatten. Manche Beobachter der Politik in Fidschi haben bereits kommentiert, dass es nicht mehr lange dauern wird und die Parlamentarier der *FijiFirst* hätten weniger als 5 Prozent der Wählerstimmen hinter sich. Derzeit sind es immerhin noch 7,8 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Viele Beobachter verweisen auch darauf, dass in den wenigen Wochen nach der Wahl die *FijiFirst* bereits deutlich an Substanz und Profil verloren habe. Eine Partei-erneuerung sei nicht in Sicht, sondern es bestände sogar die Gefahr, dass die *FijiFirst* bis zur nächsten Wahl in der Bedeutungslosigkeit versunken sei, ohne jegliche Chancen zurück an die Regierung zu finden. Schon vorher war es ein großes Problem gewesen, dass die *FijiFirst* auf wenige Politiker „zugeschnitten war“. Mr. Sachida Nand, der nun das Mandat des ausscheidenden Bainimarama übernimmt, hatte bei der Wahl gerade einmal 530 Stimmen erhalten, was 0,26 Prozent der abgegebenen Stimmen entspricht.

Die Schwächung der *FijiFirst* ist auch deshalb sehr umfangreich, da namhafte Politiker strafrechtlicher Verfolgung ausgesetzt sind. Ermittlungen gegen einige namhafte Politiker wurden schon bald nach dem Regierungswechsel aufgenommen und sind bereits seit einiger Zeit im Gang. Am 23. und 24.01.2023 war Aiyaz Sayed-Khaiyum



von der Polizei stundenlang vernommen worden. Die Ermittlungen sollten herausfinden, ob seine Äußerungen zu der angeblichen Gewalt gegen Fidschianer indischer Herkunft in Suva bei einer Pressekonferenz am 22.12.2022 als Aufstachelung zu Rassenhass und Gewalt angesehen werden kann und somit ein Verfassungsverstoß und eine Straftat wären. Wie oben angeführt, war Suva kurz vor Weihnachten keineswegs von Gewalt erschüttert. Dies ist auch bis heute (Mitte März 2023) so geblieben. Andersartige Behauptungen geben tatsächlich ein falsches Bild und waren wohl in der Absicht geäußert worden, dem Militär einen Anlass zu geben, einzugreifen, um für Ruhe und Ordnung zu sorgen.

Der frühere Premierminister Bainimarama und der ehemalige Polizeichef Qiliho waren Anfang März 2023 mehrere Tage von der Polizei vernommen worden, dann wurde gegen sie Anklage erhoben, und beide wurden inhaftiert. Erst nach Zahlung einer Kaution von jeweils FJD 10.000 und vielen strengen Auflagen wurden beide wieder freigelassen. Beiden wird vorgeworfen, bereits Mitte Juli 2020 eine Anzeige der USP gegen einen früheren Mitarbeiter der Universität nicht weiterverfolgt zu haben. Mehr noch: Bainimarama und der Polizeichef sollen mutmaßlich die ermittelnden Polizeibeamten angewiesen haben, die Anzeige nicht weiterzuverfolgen.

Derzeit wird in Fidschi spekuliert, gegen wen die Anzeige der USP gerichtet war. Viele gehen davon aus, dass es einer der *FijiFirst*-Regierung nahestehende Person gehandelt haben muss. Bislang ist aber noch nicht an die Öffentlichkeit durchgesi-

ckert, um wen es sich dabei gehandelt hat. Bainimarama und dem früheren Polizeichef wird Strafvereitelung im Amt vorgeworfen.

Die Rolle des Militärs und die neue Regierung

Bereits Mitte Januar 2023 meldete sich der amtierende Militärkommandeur Generalmajor Jone Kalouniwai zu Wort. Grund war die Kritik an der jungen Regierung, von Bainimarama und anderen *FijiFirst* Politikern. Rabuka wurde vorgeworfen Schlüsselpositionen in der Verwaltung, vor allem viele Parlamentarische Staatssekretäre

gegen Parteimitglieder auszutauschen. Militärkommandeur Kalouniwai erklärte, dass die Streitkräfte besorgt seien, dass die junge Regierung weitreichende Veränderungen vornehmen und dabei nicht immer die Verfassung genau beachte. Bei Staatssekretären handelte es sich nicht um politische Ämter, sondern um Verwaltungspositionen. Kalouniwai sagte, dass die Militärführung in den letzten Tagen mit wachsender Sorge beobachtet habe, dass der Ehrgeiz und die Geschwindigkeit der Regierung bei der Umsetzung weitreichender Veränderungen zu Abkürzungen führen, die relevante Prozesse und Verfahren zum Schutz der Integrität der Gesetze und der Verfassung

umgehen. Das könne das Militär so nicht akzeptieren.

Kalouniwai verwies auf Abschnitt 131 der Verfassung, in dem der Militärleitung eine Wächterrolle zufalle, um zu verhindern, dass sich die Exzesse der Vergangenheit wiederholten. Angriffe auf Fidschis entstehende Demokratie könnten nicht toleriert werden. Dazu zähle auch, sicherzustellen, dass die Werte und Grundsätze der Demokratie, einschließlich der in der Verfassung verankerten gegenseitigen Kontrolle der Staatsorgane, nicht untergraben werden. Es sei wichtig zu verstehen und zu würdigen, dass ein starker Rechtsstaat auf der Achtung und Einhaltung einer klaren Gewaltenteilung zwischen der Exekutive, der Legislative und der Judikative beruhe.



Abschnitt 131 kann wahrscheinlich nicht so breit interpretiert werden wie es häufig in Fidschi geschieht. Unter Abschnitt 2 steht: „*Die Gesamtverantwortung der Streitkräfte der Republik Fidschi besteht darin, jederzeit die Sicherheit, die Verteidigung und das Wohlergehen Fidschis und aller Fidschianer zu gewährleisten*“. Die Verfassung ordnet das Militär jedoch dem Verteidigungsminister, der Vorgesetzter des Militärkommandeurs ist und dem Präsidenten unter, der den Militärkommandeur auf Empfehlung der Kommission für die Verfassungsorgane (COC), nach Rücksprache mit dem für die Streitkräfte zuständigen Minister ernennt. Dennoch darf nicht übersehen werden, dass die Militärleitung in der Vergangenheit ihre Rolle durchaus auch anders, viel weiter, definierte.

Es ist dennoch beruhigend, wenn Generalmajor Kalouniwai betont, dass die Streitkräfte der Republik Fidschi für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eintreten und die Regierung respektieren werden. In einem exklusiven Interview mit *FijiVillage News* sagte er, dass die Streitkräfte dies vor, während und nach den Parlamentswahlen 2022 getan haben und dass sie weiterhin die demokratischen Prinzipien respektieren werden (FijiVillage, 17.01.2023). Sollte dies tatsächlich grundsätzlich und ohne jegliche Ausnahmen so praktiziert werden, dann sollte es sehr schwer sein, einen militärischen Umsturz, wie bereits in der Vergangenheit viermal geschehen, durchzuführen.

Das politische Tagesgeschäft

Das Alltagsgeschäft einer Regierung besteht nicht unbedingt in einer Selbstfindung während schwieriger politischer Konstellationen. Menschen bewerten Regierungen daran, wie ihre Alltagsarbeit aussieht. Bereits durchgeführt ist die Erhöhung der Altersgrenze für Beamte von 55 auf 60 Jahre. Schon seit langer Zeit war dieser Schritt von vielen in Fidschi gefordert worden, da die Pensionen kaum ausreichen, einen einigermaßen ordentlichen Ruhestand zu genießen. Dies hat ganz sicherlich große Zustimmungen bei vielen gefunden, die im Öffentlichen Dienst arbeiten, und nun nicht mehr mit 55 in Rente gehen müssen.

Eine andere wichtige Änderung, die schon bald vollzogen sein sollen, ist die Wiedereinsetzung des Obersten Häuptlingsrates (Great Council of Chiefs, Bose Levu Vakaturaga, GCC), den die *FijiFirst* Regierung 2007 ausgesetzt und 2012 ganz abgeschafft hatte. Der GCC ist weitaus mehr als eine kulturelle Einrichtung der iTaukei.

Im Grunde genommen war der GCC eine koloniale Institution. Er wurde 1876 von Gouverneur Sir Arthur Gordon eingerichtet. Die ranghöchsten Häuptlinge des Landes sollten im GCC zusammen mit der britischen Kolonialmacht beraten, wie die indigene Bevölkerung der Kolonie am besten zu regieren sei. Alle ein bis zwei Jahre fanden Sitzungen des GCC statt unter dem Vorsitz des britischen Gouverneurs. Bis 1963 wählte der GCC indigene Vertreter für das koloniale Parlament aus. Der GCC war auch die Schmiede für Persönlichkeiten, die dann im unabhängigen Fidschi leitende politische Ämter übernahmen, wie etwa Ratu Sir Lala Sukuna, Ratu Sir Kamisese Mara, Ratu George Cakobau, Ratu Edward Cakobau und Ratu Penaia Ganilau. Im Jahr 1963 wurde diese Funktion des Rates abgeschafft, da die iTaukei das Recht erhielten, ihre Vertreter ins Parlament zu wählen. Damals öffnete sich der GCC auch für Menschen, die keine Häuptlinge waren.

Die erste Verfassung Fidschis, die 1970 nach der Unabhängigkeit verabschiedet wurde, gab dem Rat das Recht, acht der zweiundzwanzig Mitglieder des Senats zu ernennen. Nach dem Militärputsch von 1987 wurde der Rat wieder zu einem ausschließlich aristokratischen Gremium, dessen Mitgliedschaft hohen Häuptlingen vorbehalten war. Rabuka vertrat die Ansicht, dass die erblichen Häuptlinge die oberste Entscheidungsgewalt behalten sollten. In der Verfassung von 1990 wurden die Befugnisse des Rates daher erweitert. Er war nun befugt, 24 der 34 Mitglieder des Senats zu ernennen, wodurch der Senat zu einem vom GCC dominierten Gremium wurde. Außerdem ernennt der Rat fortan den Präsidenten von Fidschi und den Vizepräsidenten. In der Verfassung von 1997 wurde die Vertretung des Rates im Senat auf 14 (von 32) Mitgliedern reduziert, aber sein Recht, den Präsidenten und den Vizepräsidenten zu ernennen, anerkannt.

Wie bereits erwähnt, wurden der GCC von der *FijiFirst* Regierung 2007 ausgesetzt und 2012 ganz abgeschafft. Erwähnenswert ist noch, dass Rabuka zwar kein Häuptling ist, aber das einzige Mitglied des CGG war, der eine lebenslange Mitgliedschaft hatte. Die Wiedereinsetzung des GCC soll im Mai 2023 stattfinden.

Aufgehoben wurden auch Einreiseverbote für Dr. Patna Lal, der Witwe von Professor Brij Lal. Dr. Lal konnte Mitte Februar 2023 die sterblichen Überreste ihres Mannes nach Fidschi bringen, wo sie in der Nähe von Labasa beigesetzt wurden.

Der Historiker Professor Brij Lal hatte sich einen Namen weit über Fidschi hinaus gemacht mit detaillierten Untersuchungen zu den Kontraktarbeitern aus Indien, die

zwischen 1879 und 1916 nach Fidschi gebracht worden waren, um dort hauptsächlich auf Zuckerrohrplantagen europäischer Siedler zu arbeiten. Auch durch weitere Forschungen und historischer Belletristik war er einer, wenn nicht sogar DER angesehenste Akademiker aus Fidschi.



Später wurde Professor Lal eines von drei Mitgliedern der Constitutional Review Commission, die die Verfassung von 1997 ausarbeiteten. Professor Lal war ein starker Kritiker des Putsches von 2006 und vieler Entscheidungen der Bainimarama Regierung. Als er im November 2009 die Ausweisung des High Commissioner (Botschafter) Australiens und Neuseelands kritisierte, wurde er festgenommen, verhört und dann aufgefordert, Fidschi innerhalb von 24 Stunden zu verlassen. Er und seiner Frau Patna wurde es von der *FijiFirst*-Regierung nicht gestattet, wieder nach Fidschi einzureisen.

Professor Lal starb am 25.12.2021 in Brisbane.

Auch nach Fidschi zurückkehren konnten Professor Pal Ahluwalia und seine Partnerin Sandra Jane Price, die am 4.2.2021 aus fadenscheinigen Gründen deportiert wurden. Danach leitete Vizekanzler Professor Ahluwalia die Universität des Südpazifiks von Nauru und später von Samoa aus.

Eine sehr große Herausforderung der Regierung könnte die Amnestie von George Speight werden. Vor allen die *SODELPA* fordert dies schon seit Jahren und hatte eine Freilassung Speights schon immer ganz oben in ihren Wahlprogrammen. Am 20. Januar 2023 ließ Premierminister Rabuka die Presse wissen, dass es keineswegs geplant sei, Speight schon sehr bald zu begnadigen. Die Kommission, die Begnadigungsgesuche entgegennimmt, ist eine ständige Einrichtung, und jeder Gefangene darf sie anrufen, sobald ein bestimmter Anteil der Strafe verbüßt wurde. Am 9. März begnadigte Präsident Ratu Katonivere drei Gefangene, die bereits mehr als 20 Jahre hinter Gitter verbracht hatten. Alle drei waren wegen Mordes verurteilt worden. Als sich die Kommission, die dem Präsidenten Begnadigungen empfiehlt, Anfang Februar 2023 zum letzten Mal traf, war George Speights Namen nicht auf der Liste der Personen, über deren Begnadigung beraten wurde. *SODELPA* wird aber sicherlich

den Druck verstärken, die Begnadigung nicht zu lange hinauszuzögern.

Bislang ist wenig über die Hintermänner des Coups von 2000 bekannt. Wie Rabuka 1987 bestritt auch Speight 2000, dass es solche Hintermänner überhaupt gegeben habe. Wie schon 1987 wird dies als wenig glaubhaft angesehen. Während der commoner George Speight bis heute eine lebenslange Haftstrafe verbüßt, befinden sich andere Verurteilte, unter ihnen der einstige Vize-Präsident Fidschis und andere hohe Häuptlinge, auf Intervention der *SDL* längst wieder auf freiem Fuß. Der Anführer der Putsche von 1987 ist inzwischen mehrmals Premierminister gewesen (1992–1999) und seit Dezember 2022. Auch für Bainimaramas politische Karriere war es nicht hinderlich, 2006 einen Militärputsch durchgeführt zu haben. Da hatte George Speight schon weniger Glück..... Viele, vor allem iTaukei, würden es begrüßen, wenn Speight schon bald aus dem Gefängnis entlassen würde

Manche Beobachter der politischen Diskussion in Fidschi können sich durchaus vorstellen, dass eine Begnadigung Speights mit der Erwartung verknüpft wird, von Speight mehr über den Putsch von 2000 zu erfahren, insbesondere über dessen Hintermänner. Manche Quellen, vor allem Blogs, deren Qualität nicht immer eingeschätzt werden kann, berichten, dass dann Bainimarama als Putschist des ‚versuchten‘ Umsturzes von 2000 entlarvt werden könnte.

Wichtiger als solche Spekulationen ist jedoch, wie sich *SODELPA* im politischen Tagesgeschäft verhält. Sollten alle drei Parlamentarier sich gegen die Regierung stellen, dann wären vorgezogene Neuwahlen kaum zu vermeiden.

Auf *SODELPA* lastet also eine sehr große Verantwortung, ihre drei Mandate nicht so einzusetzen, als wäre sie von der Mehrzahl der Wähler auserkoren worden, das Land politisch zu führen. Eine Diktatur der 5,14 Prozent der Stimmen könnte Fidschis politischer Kultur nicht weniger Schaden zufügen als die Putsche zuvor.

Es ist absehbar, dass auch in Zukunft Fidschi von Koalitionen mehrerer Parteien regiert werden wird. Schaut man darauf, wie wichtige Ämter im Parlament besetzt wurden, dann lag die fehlende Parteidisziplin bei *SODELPA* schon von Beginn an im Argen, wie am 24.12.2022 bei den Abstimmungen über den Parlamentspräsidenten, den stellvertretenden Parlamentspräsidenten und dem Premierminister deutlich wurde, als sich nicht alle drei *SODELPA*-Abgeordneten hinter die Regierung stellten.

Außer solch struktureller Aspekte ist die neue Regierung inzwischen dazu übergegangen, Politik zu machen. Ganz am Anfang steht eine Bestandsaufnahme des Erbes, das die *FijiFirst* hinterlassen hat. Vollkommen überbezahlte CEO und Direktoren bei etlichen Körperschaften des öffentlichen Rechts (statutory bodies) wurden angeprangert. So hat der frühere Geschäftsführer der *Fiji Sugar Corporation* FJD 840.000 Dollar pro Jahr an Gehältern und Zulagen erhalten. An den Chief Operating Officer flossen mehr als FJD 550.000 pro Jahr, der oberste Ingenieur erhielt FJD 433.000 pro Jahr und die Person zuständig für Field Extension Services FJD 335.000 pro Jahr. Dies sind alles Jahreseinkommen, die deutlich über dem des Premierministers liegen. Dieses soll 2022 FJD 316.000 betragen haben (*Fiji Times*, 01.08.2022). Wenige scheint es gekümmert zu haben, dass die *Fiji Sugar Corporation* auf einem Schuldenberg von mehr als FJD 400 Millionen sitzt und im Grunde genommen bankrott ist. Nur Zuwendungen von Seiten der Regierung haben die FSC in den letzten Jahren mehr recht als schlecht überleben lassen. Auch andere Direktoren sollen weit überbezahlt gewesen sein, so etwa der CEO der *Fiji Broadcasting Corporation* (FBC) und Bruder des Generalstaatsanwalts, Justizministers, Wirtschaftsministers Aiyaz Sayed-Khaiyum. Die FBC war die einzige Medienorganisation, die staatliche Zuschüsse erhalten hatte. Sie war -neben der *Fiji Sun*- das Mediensprachrohr der *FijiFirst*-Regierung.

Es wäre sehr wichtig für Fidschis politische Kultur, wenn die neue Regierung eine volle Regierungszeit überstehen würde: Das Aushandeln von Kompromissen durch Parteien, die extrem unterschiedlich sind, kann ein Wegweiser für Fidschis Demokratie sein. Nicht die Durchsetzung von Maximalforderungen, sondern das Erreichen von Zielen, mit denen sich viele identifizieren können. Wie bereits mehrfach angesprochen, kommt dem Militär dabei eine sehr wichtige Rolle zu: sich im Hintergrund zu halten, sich jeglichen Versuchen zu widersetzen, wenn Politiker über das Militär die Regierungsgewalt übernehmen wollen. Streitkräfte, die demokratische Prinzipien verinnerlicht haben, erscheinen zwar auf den ersten Blick ein Widerspruch zu sein, aber Streitkräfte, die sich zum Erhalt einer demokratischen politischen Kultur in Fidschi einsetzen, können dem Land nur guttun – wenn denn Streitkräfte von den meisten Menschen als notwendig angesehen werden.

	2022			2018			2014			2006				
	Stimmen	%	Sitze	Stimmen	%	Sitze	Stimmen	%	Sitze	OC	CC			
Registrierte Wähler	693,915			637527			591101			484.29	479.673			
Wahlbeteiligung (%)	68.30			71.92			84.60			86.95	87.65			
gültige Stimmen	470,305			454335			496346			383866	382819			
Parlamentssitze gesamt			55			51			50	25	46			71
	Stimmen	%	Sitze	Stimmen	%	Sitze	Stimmen	%	Sitze	Stimmen		%		Sitze
FijiFirst	200,246	42.55	26	227,241	50.02	27	293,714	59.17	32	-				
People's Alliance	168,581	35.82	21	-						-				
NFP	41,830	8.89	5	33,515	7.38	3	27,066	5.45	3	23,594	25,206	6.15	6.58	0
SODELPA	24,172	5.14	3	181,072	39.85	21	139,857	28.18	15	170,830	171,522	44.5	44.8	36 (13 +23)
Unity Fiji	13,100	2.78		6,896	1.52		-							
Fiji Labour Party	12,704	2.70		2,800	0.62		11,670	2.35		153,503	147,304	39.99	38.48	31 (12 + 19)
We United Fiji Party	6,070	1.29					-							
All Peoples Party	2,638	0.56					-							
New Generation Party	964	0.20					-							
HOPE	-			2,811	0.62		-							
People's Democratic Party							15,846	3.20						
One Fiji Party							5,839	1.18						
Fiji United Freedom Party							1,072	0.22						
National Alliance Party										13,063	9,441	3.40	2.47	0
United People's Party										1,607	4,867	0.42	1.27	2 (0 + 2)
Party of National Unity										2,099	4,127	0.55	1.08	0
Nationalist Vanua Tako Lavo Party										1,454	2,203	0.38	0.58	0
Soqosoqo ni Vakavulewa ni Taukei										237		0.06		0
National Democratic Party										123		0.03		0
Social Liberal Multicultural Party										49		0.01		0
Party of the Truth										23	28	0.01	0.01	0
Coalition of Independent Nationals											20		0.01	0
Justice and Freedom Party											18		0	0
Independent	279	0.06					1,282	0.26		17,284	18,083	4.50	4.72	2 (0 + 2)
ungültige Stimmen	3,326	0.70		4,197	0.92		3,714	0.74		37,242	37,613	8.84	8.95	